

# EINWOHNERRAT BRUGG

## PROTOKOLL

der Sitzung des Einwohnerrates  
vom 28. Oktober 2022, 19.30 Uhr, im Campussaal

\* \* \*

### Traktanden:

1. Einbürgerungen
2. Planungskredit für die Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten
3. Kredit für die Prüfung eines Zusammenschlusses der Einwohnergemeinden Brugg und Villnachern
4. Benefiz Festival «Brugg für die Ukraine»
5. Postulat Barbara Geissmann betreffend Einsatz einer Online-Wahlhilfe bei den nächsten Einwohnerratswahlen (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
6. Postulat Barbara Müller betreffend Anschaffung von motorisierten Geräten (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
7. Postulat Silvan Brügger betreffend Brugg Netto-Null CO<sub>2eq</sub> bis 2040 (wird vom Stadtrat entgegengenommen)
8. Motion Angelika Curti betreffend Verkehrsberuhigungs- und -sicherheitskonzept im Raum Schönegg (wird vom Stadtrat abgelehnt)
9. Motion Pascal Ammann betreffend Einrichtung einer Budgetposition mit dem Spendenzweck «Unterstützung flüchtender und geflüchteter Menschen» (wird vom Stadtrat abgelehnt)

\* \* \*

Vorsitz: Michel Indrizzi, Präsident  
Aktuar: Matthias Guggisberg, Stadtschreiber  
Stimmzähler: Matthias Rüede und André Schwarz

\* \* \*

Präsenz: Es sind 45 Mitglieder anwesend. Entschuldigt haben sich die Damen Nadine Christen, Lea Kalt und Julia Grieder sowie Herr Walter Krenn. Später zum Rat stösst Vera Becker.

\* \* \*

Der Präsident: Bevor wir mit den Traktanden starten, möchte ich ein kurzes Statement vorlesen.

Vor wenigen Wochen wurde von einem Mitglied des Rats ein Post auf den sozialen Medien platziert, welcher gezielt gegen eine Partei gerichtet war. In diesem Post war von Faschismus, Rassismus, Sexismus und Homophobie zu lesen. Der Absender dieses Beitrags wollte sicher keine ganze Partei verunglimpfen, aber wenn man den Post als Mitglied der adressierten Partei las, ist es nachvollziehbar, dass man sich persönlich angegriffen und in eine Schublade gedrängt fühlte. Es ist auch nachvollziehbar, dass dies bei den vier aufgezählten Attributen kein gutes Gefühl hervorrief. In diesem Rat pflegen wir die Kultur des kollegialen Respekts, wir kennen einander und halten auch gerne ausserhalb der Ratssitzungen ein Schwätzchen ab. Egal von welcher Partei und von welcher politischen Gesinnung – wir sind uns hier im Saal alle bewusst, dass wir zum Wohle unserer Stadt und der Region agieren und uns engagieren. Sicher manchmal hart in der Sache, aber immer mit Empathie für Andersdenkende und vor allem mit Respekt und Anstand gegenüber dem Menschen. Haben wir uns einmal falsch ausgedrückt oder sind falsch verstanden worden, stellen wir dies richtig. Ich persönlich durfte lernen, dass, wenn mir an einer Person etwas Negatives auffällt, ich mindestens zwei positive Seiten an dieser Person finde. Versuchen Sie es doch einmal, es ist ganz einfach. Der Einwohnerrat Brugg zeichnet sich durch Respekt, Engagement und Menschlichkeit aus. Ich lade auch die neuen Ratsmitglieder ein, die Kultur dieses Rats zu leben und nach aussen zu tragen. Vielen Dank.

## Traktandum 1: Einbürgerungen

---

Herr Reto Bertschi, Präsident der Finanzkommission: Die Finanzkommission hat die Unterlagen zu den vorliegenden Einbürgerungsgesuchen geprüft und festgestellt, dass alle Gesuche die rechtlichen Voraussetzungen für eine Aufnahme ins schweizerische Bürgerrecht vollumfänglich erfüllen. Ebenso sind die Prüfkriterien der Finanzkommission erfüllt. Die Aufnahme ins Bürgerrecht der Einwohnergemeinde Brugg kann den Einbürgerungswilligen somit zugesichert werden. Im Namen der Finanzkommission bitte ich den Rat, den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Aus Datenschutzgründen wurden aus diesem Dokument sämtliche personenbezogenen Angaben entfernt.

## Traktandum 2: Planungskredit für die Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten

---

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Nach dem Planungskredit für die Gebietsentwicklung Stadtraum Bahnhof Brugg Windisch legt der Stadtrat dem Rat heute einen weiteren Kredit für eine Gebietsentwicklung vor. Das zwischen der Zurzacherstrasse und dem Auenschutzgebiet an der Aare liegende Gebiet Aufeld-Aegerten ist durch eine Mischung aus verschiedenen Wohn-, Arbeits- und Freizeitnutzungen, dem Betrieb der armasuisse und der Nähe zu den Naherholungsgebieten im Geissenschachen und im Wasserschloss geprägt. Die verschiedenen Nutzungen weisen Entwicklungspotenziale auf, die wegen der unzureichenden Erschliessung heute nicht ausgeschöpft werden können. Der Stadtrat möchte diese Potentiale nutzen und das Gebiet Aufeld-Aegerten unter Einbezug der Bevölkerung langfristig weiterentwickeln. Mit dem vorliegenden Planungskredit sollen die Grundlagen erarbeitet werden, um diese Entwicklung angehen zu können, und gemeinsam mit der Bevölkerung die Weichen für die Zukunft dieses für die Stadt wichtigen Entwicklungsgebiets zu stellen. Gleichzeitig schaffen die geplanten Arbeiten auch die Voraussetzungen dafür, dass der Stadtrat bei der Weiterbearbeitung des kantonalen Gesamtverkehrskonzepts Ostaargau die Interessen der Stadt Brugg und ihrer Bevölkerung möglichst gut wahren kann. Mit der Zustimmung des Rats zum vorliegenden Planungskredit kann die Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten aufgegleist und in Abstimmung mit den Interessen der Bevölkerung bearbeitet werden. Der Stadtrat dankt dem Rat für die Zustimmung zum vorliegenden Kreditantrag.

Frau Barbara Geissmann: Ich spreche im Namen der Mitte. Uns ist es wichtig, dass wir bei der Entwicklung unseres Gemeindegebiets proaktiv mitreden können, und darum geht es bei diesem Geschäft. Für die Entwicklung dieses Quartiers sollen Rahmenbedingungen erarbeitet und unsere Vorstellungen definiert werden. Wir wollen auch eine Verhandlungsgrundlage haben, wenn es darum geht, was der Kanton auf diesem Gebiet umsetzen will. Wir wollen nicht, dass eine Strasse mitten durch das Gebiet gebaut wird, nur weil wir nicht wissen, was wir wollen, und wir hinterher reagieren müssen, statt jetzt zu agieren. Es geht nicht darum, dass wir heute über das Projekt OASE oder über eine gewisse Verdichtung auf diesem Gebiet abstimmen, sondern darum, dass wir selber unsere Visionen für dieses Quartier bestimmen. Aufeld-Aegerten ist ein Entwicklungsgebiet der Stadt, und diese Entwicklung ist mit der BNO-Revision angestossen worden. Jetzt gilt es, weiterzumachen. Die Mitte will sich an

diesem Prozess beteiligen, und sie will auch, dass die ganze Bevölkerung mitreden und mitgestalten kann.

Wir stimmen der Vorlage zu und bitten den Rat, dies ebenfalls zu tun.

Herr Patrick von Niederhäusern: Ich spreche im Namen der SVP. 370'000 Franken für die Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten. Es ist unglaublich, so viel Geld für einen Planungskredit auszugeben. Ackerfläche bleibt Ackerfläche, Hochwassergebiet bleibt Hochwassergebiet. Wieso man hier so viel Geld ausgeben will, ist nicht nachvollziehbar. Wenn Baden bei der OASE einen Rückzieher macht, ist unsere Umfahrung und Zentrumsentlastung leider auch gefährdet, deswegen sollte man mit der Planung für dieses Gebiet besser noch zuwarten.

Herr Willi Wengi: Ich spreche im Namen der FDP zu der Vorlage Planungskredit für die Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten. Ich verstehe meinen Vorredner nicht. Vor einer Woche erst wollte er einen Kredit für die Beauftragung einer Person sprechen, die Ansiedlungen machen soll. Was ist denn überhaupt unsere Aufgabe in der Gemeinde? Wir müssen Rahmenbedingungen schaffen, damit Neuzuziehende Planungssicherheit haben und wissen, was sie hier antreffen. Damit können wir Personen oder Unternehmen nach Brugg holen, die das Steuersubstrat der Stadt erhöhen. Vor einer Woche diskutierte der Rat, wieviel er ausgeben will, um das Steuersubstrat zu erhöhen. Und wie erreichen wir dies? Mit Planung, mit Sicherheit für Unternehmen, die hierherkommen wollen. Darum geht es bei diesem Geschäft. Natürlich kostet das etwas, aber es bringt auch etwas, wenn nachher klar ist, wie es mit diesem grossen Gebiet weitergeht, Brugg verfügt leider nicht über sehr viele Entwicklungsgebiete. Auch der Zeitpunkt ist richtig. Wir müssen das Gebiet Aufeld-Aegerten unabhängig von der Verkehrsplanung erschliessen und eine Entwicklung gewährleisten. Der Zeitpunkt ist aus meiner Sicht eher schon fast zu spät, aber für die Abstimmung mit dem regionalen Verkehrskonzept passt er. Die Planung kostet. Aber sie ist auch eine Investition in die Zukunft der Stadt Brugg und eine Investition zur Generierung von Steuersubstrat.

Ich empfehle dem Rat, die vorliegenden zwei Anträge zu genehmigen.

Herr Urs Bürkler: Ich spreche im Namen der Grünen. Wir sind ebenfalls für die Erarbeitung eines Konzepts für eine vernünftige Entwicklung dieses Gebiets. Vernünftig bedeutet, dass man nicht nur quantitativ entwickelt, sondern vor allem qualitativ. Also nicht das, was wir gerade mit dem Stadtraum Bahnhof erlebten. Es hiess, man werde drei Konzepte erarbeiten, aber bei der Orientierung und der Begehung war eigentlich nur noch von der Maximalvarian-

te die Rede, auch bezüglich Verkehrsplanung. Wir sind dafür, dass im Gebiet Aufeld-Aegerten ein modernes Quartier entwickelt wird. Die Bautätigkeit im Quartier wird voraussichtlich in den Jahren zwischen 2030 und 2050 stattfinden, also dann, wenn das Pariser Abkommen mit allen Konsequenzen greifen wird. Das heisst, es ist ein Quartier zu planen, das CO<sub>2</sub> Netto-Null in den Bereichen Stadtklima, Baumaterial und Mobilität erreicht, wobei die Mobilität der Zukunft gemeint ist. Also eine Erschliessung des Quartiers durch den öffentlichen Verkehr sowie Langsamverkehr und nicht in erster Linie durch den motorisierten Individualverkehr. Denn der Verkehr, den man plant, bekommt man am Schluss. Wenn eine konstante Zunahme des mobilisierten Individualverkehrs geplant und die entsprechenden Strukturen gebaut werden, wird genau diese Zunahme eintreffen. Das nennt sich eine selbsterfüllende Prophezeiung, was in der Verkehrsplanung dauernd geschieht. Wir wollen eine neue, eine andere Planung. Darum sind wir zwar für eine Planung, aber nicht für diese Planung, die sich in erster Linie darauf abstützt, was wir tun müssen, um bereit zu sein für das Gesamtverkehrskonzept Ost-Aargau. Wir wollen eine von diesem Gesamtverkehrskonzept unabhängige Planung. Wir werden auch nie Hand bieten für die Bewilligung von irgendwelchen Anschlusskreiseln, weder im Aufeld noch am Süden des Tunnels in Windisch. Wir wollen keine Neuzuziehenden, die nur deshalb nach Brugg kommen, weil man schnell auf der Autobahn ist. Wir wollen nicht nur finanzkräftige Personen anlocken, sondern in erster Linie Menschen, die am Leben in Brugg interessiert sind. Wenn wir einen Kreisell anbieten, dank dem man möglichst schnell auf die Autobahn gelangt, um in irgendwelche Zentren zu fahren, werden nicht diese Leute zu uns ziehen. Wir wollen Menschen, die sich kulturell und in den Vereinen engagieren. Das sind nicht die Leute, die aus der Tiefgarage direkt auf die Autobahn fahren.

Die Grünen werden uneinheitlich abstimmen, weshalb ich keine Parole ausbebe.

Herr Martin Brügger: Die SP spricht sich für eine umsichtige Planung aus und befürwortet den Planungskredit grossmehrheitlich. Aber wir wollen eine tatsächlich ergebnisoffene Planung. Deshalb reichten wir gemeinsam mit den Grünliberalen und den Grünen ein Postulat mit dem Titel «Ergebnisoffene Planung für die Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten» ein. Es ist ein wichtiges Gebiet, weshalb eine umsichtige Planung besonders wichtig ist. Es darf nicht sein, dass zuerst der Standort für einen Kreisell festgelegt und dann darum herum geplant wird. Wenn man die Botschaft und die Würdigung liest, beschleicht einen das eigenartige Gefühl, gewisse Punkte seien schon gesetzt. In der Botschaft ist von der bisher nicht ausreichenden Verkehrserschliessung zu lesen, was auch auf die Freizeitnutzung ausge-

dehnt wird. Für die Freizeitnutzung braucht es keine grosse Verkehrsplanung und keinen Kreisel. Vielmehr soll ein schönes, lebenswertes Quartier entstehen. Der Kanton möchte den süddeutschen Raum und das untere Aaretal möglichst schnell an die Autobahn anbinden. Wenn dies der Planungsgrund ist, müssen wir versuchen, den Verkehr nicht auch noch durch einen Teil unserer Quartiere zu führen. Wenn die Stadt aber zum Schluss gelangt, dass es für die Erschliessung einen Kreisel braucht, könnte dies zu einer Verschiebung des Tunnelportals führen, so dass der Autobahnzubringer mitsamt dem zu erwartenden Schwerverkehr einen grossen Teil des erweiterten Wasserschlosses tangiert. Wir möchten ein offenes Ergebnis, das eine moderne Planung ermöglicht. Mit der ausführlichen Begründung im Postulat erhält der Stadtrat eine Orientierungshilfe für die Planung. Wenn sich die Stadt respektive die Region Baden wehrt, wird Brugg sämtlichen Verkehr erben. Das ist kein schönes Szenario.

In diesem Sinn: Die SP ist grossmehrheitlich für den Planungskredit, aber flankierend braucht es unbedingt eine Planung, welche die Bedürfnisse der Bevölkerung, die keinen Mehrverkehr will, in den Vordergrund rückt.

Frau Joya Süess: Die EVP vermisst in diesem Antrag die Prüfung verschiedener Linienführungen, oder, wie die Vorredner sagten, eine Ergebnisoffenheit bezüglich der Zentrumsentlastung. Es macht den Eindruck, dass es für den Kanton bereits klar ist, wo und wie diese geführt werden soll. Die vorliegende Variante ist für die EVP aber nicht überzeugend. Als positiv erachten wir die Bestrebungen zugunsten des Langsamverkehrs. Wir werden den Antrag jedoch nicht unterstützen. Dies aus den folgenden Gründen: Das Zentrum wird womöglich entlastet, aber das Problem wird damit nicht gelöst, sondern einfach weiter in die ländlichen Gebiete verschoben. Und wie wir bereits von den Vorrednern hörten, gibt es auch in anderen Gemeinden Oppositionen gegen das kantonale Verkehrskonzept.

In Bezug auf eine Wohn- und Arbeitsnutzung erachten wir das Gebiet als mässig geeignet, weil es Überschwemmungsgebiet ist. Die EVP setzt sich für den Naturschutz ein und gewichtet die Erhaltung des Auenschutzgebiets höher als die anderen Interessen. Dort ist das Wasserschloss erlebbar, und es soll in möglichst natürlichem Rahmen weiterhin unsere Stadt repräsentieren. Grundsätzlich unterstützen wir die Entlastung des Zentrums und die Entwicklung dieses Gebiets, wir plädieren aber für eine kreativere, weitergedachte und nachhaltigere Lösung. Mit der Ablehnung des Kredits wollen wir den Stadtrat, den Kanton und die beteiligten Behörden motivieren, uns einen Antrag für einen Planungskredit für das

Gebiet Aegerten-Aufeld zu unterbreiten, in dem verschiedene Varianten oder zumindest eine Ergebnisoffenheit dargestellt werden.

Frau Colette Degrandi: Die GLP wird diesen Kreditantrag unterstützen, aber auch wir hoffen auf eine ergebnisoffene Planung. Es geht im Antrag um einen Planungskredit und in der Vorlage wird ausgeführt, dass sowohl der Zustand vor dem Bau der Zentrumsentlastung als auch der Zustand danach in die Planung einbezogen werden soll. Wir hoffen, dass dies auch tatsächlich so umgesetzt wird. Ich schliesse mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern an, es geht darum, dass wir definieren, was wir wollen. Es ist Brugger Boden, und wir wollen nicht, dass der Kanton uns sagt, was wir dort zu tun haben.

Herr Titus Meier: Ich habe versucht, meinen Vorrednerinnen und Vorrednern genau zuzuhören, aber es hat sich mir nicht ganz erschlossen, was mit einer ergebnisoffenen Planung gemeint ist. Wenn man plant, muss man ja ein Ziel haben, zielloses Planen bringt nichts. In diesem Bereich bestehen gewisse übergeordnete Rechtsgrundlagen, welche die Planung sozusagen links und rechts begrenzen. Teile der Planung genehmigte der Rat bereits, zum Beispiel im Rahmen der BNO-Revision. Auch befinden sich beispielsweise das Fussballstadion, aber auch andere Anlagen in diesem Gebiet. Es kann nicht einfach neu geplant werden. Es geht nun darum, innerhalb der vorgegebenen Parameter und innerhalb der Kompetenzen der Gemeinde weitere Planungen voranzutreiben. Dafür ist der Kredit vorgesehen und dem sollte der Rat zustimmen.

Frau Rita Boeck: Ergebnisoffen heisst zumindest für mich, dass man nicht einfach Raum freilässt für einen Zubringer, der in das Projekt OASE passt. Ergebnisoffen heisst, dass die Interessen der Stadt Brugg bei der Planung erste Priorität haben. Es macht mir Angst, wenn ich lese, dass die Projektorganisation in enger Abstimmung mit den weiteren Teilprojekten des regionalen Gesamtverkehrskonzepts und die Vergabe gemeinsam mit der kantonalen Abteilung Verkehr AVK organisiert wird. Mir fehlt die Unabhängigkeit. Ich befürchte, dass wir quasi einfach Platz machen und uns so organisieren, dass der Kanton seine Strasse und seine Zubringer bauen kann und dass dies eventuell nicht im Interesse der Stadt Brugg ist. Brugg beginnt ja eigentlich hinter Lauffohr, doch von diesem Gebiet spricht niemand. Man weiss zwar, dass dort irgendwo ein Zubringer des unteren Aaretals ist, aber was das Verkehrsprojekt für dieses Gebiet bedeutet, weiss man nicht. Was das für einen Rattenschwanz nach sich zieht, würde mich auch noch interessieren.

Ergebnisoffen ist primär, dass es für die Bevölkerung von Brugg stimmt, mit dem Wasserschloss, mit dem Zugang zum Naherholungsgebiet, und nicht wie bei der Südwestumfahrung, bei der man schlussendlich schauen musste, wie man noch in den Habsburgerwald gelangt.

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Ich entnehme diesen Voten, dass man sich eine ergebnisoffene Planung wünscht. Auch der Stadtrat wünscht sich eine ergebnisoffene Planung für diejenigen Bereiche, in denen sie ergebnisoffen sein kann. Nämlich bei der Richtung, in die sich das Gebiet Aufeld-Aegerten künftig entwickeln soll. Dabei sind jedoch gewisse Vorgaben zu berücksichtigen. Das Ziel des Stadtrats ist es, diese Planung vorzunehmen und zu überlegen, welche Nutzungen wir im Gebiet Aufeld-Aegerten künftig wollen, wie der Zugang zu den Naherholungsgebieten sichergestellt werden soll und wie diese geschützt werden können. Aber wir planen dabei keine Linienführung für die Zentrumsentlastung. Der Perimeter für die Zentrumsentlastung wurde vom Grossen Rat bereits festgelegt. Das ist ein Parameter, den die Stadt bei ihrer Planung berücksichtigen muss. Wir wollen die Entwicklung des Gebiets Aufeld-Aegerten planen, aber unter Beachtung der Festlegung der Zentrumsentlastung.

Herr Yves Gärtner: Ich möchte zwei Passagen aus der Vorlage einander gegenüberstellen, um zu zeigen, was uns ein wenig Bauchschmerzen bereitet. Einerseits steht auf Seite 13 unter Punkt 5 «Würdigung»: «Eine qualitätsvolle Stärkung der bestehenden Nutzungen ist unabhängig von der Umsetzung der im Rahmen des kantonalen Gesamtverkehrsprojekts rGVK Ostaargau vom Grossen Rat im Richtplan festgesetzten Zentrumsentlastung zu gewährleisten.» Ich interpretiere, dass die Stadt planen muss, um in diesem Raum eine qualitätsvolle Entwicklung zu erhalten. Dies unabhängig von dem, was der Grosse Rat tut, denn wir können nicht auf ihn warten, wir müssen handeln. Mit der BNO-Revision wurden in diesem Gebiet Zonen ausgeschieden, für die gewisse Vorgaben bestehen. Andererseits lese ich im Kapitel «Terminplanung» auf Seite 11, dass bis Herbst 2024 Konzepte und eine Vorstudie, eine Partizipation sowie die Vorstudie Siedlung Landschaft und Verkehr erarbeitet werden sollen. Es folgt Etappe 3, und dort steht: «Zusammenführen der Resultate aus den Gebietsentwicklungen Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch und Aufeld-Aegerten sowie den Vorstudien als Grundlage für die Beantragung des Projektkredits für die Massnahmen aus dem GVK Raum Brugg-Windisch ...». Daraus lese ich, dass die Zentrumsentlastung enthalten sein muss. Irgendwie geht das nicht ganz auf. Ich werde dem Antrag trotzdem zustimmen,

weil ich der Meinung bin, dass es wichtig ist, für dieses Gebiet eine Planung vorzunehmen. Ich bin nicht ganz mit der Sichtweise einverstanden, dass Ackerfläche Ackerfläche ist, denn Ackerfläche, für die man die Möglichkeit zur Überbauung versprochen hat, ist bald keine Ackerfläche mehr. Deshalb finde ich es wichtig, dass man darüber nachdenkt, und dies möglichst ergebnisoffen. Das heisst, es soll nur das als gegeben angenommen werden, was tatsächlich gegeben ist, und keine Entscheidungen und Entwicklungen vorweggenommen werden.

Herr Serge Läderach: Ich möchte an die Worte meines Vorredners anknüpfen. Der Rat hat nun Gelegenheit, seine Bedenken und Interessen zu bekunden und dem Stadtrat mitzugeben, so dass sie in die Planung einfliessen können. Aber wenn der Rat diesen Antrag ablehnt, gibt es keine Planung. Ich bitte Sie, sich zu überlegen, was der bessere Weg ist: Eine Planung mit Inputs vom Rat oder keine Planung. Im zweiten Fall ist der Einfluss auf das Ergebnis bestimmt weniger gross.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag 1 des Stadtrats:

«Sie wollen für die Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten für die Etappen 1 und 2 einen Planungskredit von Fr. 370'000 bewilligen.»

mit 29 Ja zu 15 Nein zugestimmt.

Dem Antrag 2:

«Sie wollen vom aufgezeigten Vorgehen zur Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten Kenntnis nehmen.»

wird mit 43 Ja zu 1 Nein zugestimmt.

### Traktandum 3: Kredit für die Prüfung eines Zusammenschlusses der Einwohnergemeinden Brugg und Villnachern

---

Frau Stadtmann Barbara Horlacher: Für kleine Gemeinden wird es immer herausfordernder, die Aufgaben, die sich ihnen stellen, alleine zu bewältigen. Bereits 2016 kontaktierte der Gemeinderat Villnachern deshalb ein erstes Mal den Stadtrat Brugg und bekundete sein Interesse an einem Gemeindezusammenschluss. In Brugg war man zu diesem Zeitpunkt schon mit dem Zusammenschlussprojekt mit Schinznach-Bad beschäftigt, weshalb der Stadtrat die Aufnahme von gleichzeitigen Fusionsabklärungen mit Villnachern zu jenem Zeitpunkt ablehnte. Als der Zusammenschluss von Brugg und Schinznach-Bad per 1. Januar 2020 vollzogen war, ergriff der Gemeinderat Villnachern ein weiteres Mal die Initiative. Diesmal erklärte sich Brugg bereit, die Aufnahme von Fusionsabklärungen zu prüfen. Nach einem offenen und konstruktiven Austausch zwischen den beiden Exekutiven im November 2020 beauftragte der Gemeinderat Villnachern für eine erste Einschätzung die Firma BDO AG, eine Finanzanalyse zu erstellen, und die Stadt Brugg liess intern einen Bericht erarbeiten, der auf den Erfahrungen des Gemeindezusammenschlusses mit Schinznach-Bad aufgebaut war. Gestützt auf diese Grundlagen entschieden die beiden Exekutiven im Mai 2022 gemeinsam, die Prüfung eines Gemeindezusammenschlusses voranzutreiben. Dabei sind sie sich bewusst, dass ein allfälliger Zusammenschluss neben Chancen auch Risiken und Herausforderungen mit sich bringt. Der Stadtrat Brugg und der Gemeinderat Villnachern definierten deshalb gemeinsam nicht nur die Rahmenbedingungen für einen potenziellen Gemeindezusammenschluss, sondern auch, welche Themenbereiche im Verlauf des weiteren Projekts vertiefter zu prüfen sind und bei welchen man gemeinsam nach nachhaltigen Lösungen im Interesse beider Partner, vor allem aber auch im Interesse der Nachbargemeinden, suchen muss. Der Stadtrat Brugg und der Gemeinderat Villnachern sind überzeugt, dass es diese Lösungen gibt. Ein Zusammenschluss der beiden Gemeinden bietet die Chance, Aufgaben gemeinsam und zukunftsorientiert anzugehen und Entwicklungspotenzial zu nutzen, im Interesse von beiden Gemeinden und der Region. Der Stadtrat bittet den Rat deshalb, mutig zu sein. Geben Sie der gemeinsamen Zukunft von Brugg und Villnachern eine Chance und stimmen Sie dem vorliegenden Projektierungskredit für vertiefte Abklärungen und die Ausarbeitung eines Zusammenschlussvertrags zu.

Ich wurde im Vorfeld gefragt, was passiert, wenn der Rat diesem Kredit zustimmt und die Gemeindeversammlung von Villnachern ihn ablehnt. Wenn Brugg dem Kredit zustimmt und Villnachern die weiterführenden Abklärungen ablehnt, wird der Kredit hinfällig.

Herr Reto Bertschi: Ich spreche im Namen der grossen Mehrheit der SP. Da hört man manchmal: «Was, schon wieder eine Fusion! Schon wieder eine Übernahme von einer kleinen, sympathischen Landgemeinde durch die grosse, mächtige Zentrumsstadt.» Aber so ist es ja gerade nicht, sondern – wie wir von der Stadtpräsidentin hörten – die Gemeinde Villnachern kam auf die Stadt Brugg zu mit der Bitte um Prüfung einer Fusion. Ich bin der Meinung, dass sich eine reiche Zentrumsstadt wie Brugg auch um das Wohl der kleineren Gemeinden in der Region sorgen und Anfragen um Unterstützung positiv beantworten soll, wie dies der Stadtrat im zweiten Anlauf tat. Ob eine solche Fusion angebracht und erwünscht ist, sollen aus meiner Sicht respektive auch aus Sicht der SP in erster Linie die Einwohnerinnen und Einwohner von Villnachern entscheiden. Die Bevölkerung von Brugg soll grosszügig sein und nicht zuerst fragen, was sie dafür erhält. Dem Wunsch der Bevölkerung von Villnachern soll entsprochen werden.

Dass mit einer Fusion wie von einigen befürchtet die Gefahr besteht, dass die Identität der Villnacherinnen und Villnacher verloren geht, ist meines Erachtens nicht zu erwarten. Wir hörten an der Info-Veranstaltung in der Turnhalle Villnachern, dass zum Beispiel alle Vereine und Institutionen unter dem gleichen Namen weitergeführt werden können. Der Turnverein Villnachern bleibt der Turnverein Villnachern, mit eigenem Logo, eigener Fahne et cetera. Dasselbe gilt auch für alle anderen Vereine des Dorfes. Es ist auch nicht zu befürchten, dass zum Beispiel die Musikgesellschaft Villnachern dann plötzlich von ganz vielen Bruggerinnen und Bruggern überschwemmt wird und die Villnacher Musikerinnen und Musiker nichts mehr zu sagen haben. An dieser Info-Veranstaltung war natürlich auch die Zukunft des Freibads ein wichtiges Thema. Aber ob das Schwimmbad Villnachern weiter besteht, ist eine Frage, die unabhängig von einer Fusion geprüft und für die Lösungen gesucht werden muss. Ich bitte den Rat deshalb, überlassen Sie den Entscheid über eine Fusion vor allem den Villnacherinnen und Villnachern, und stimmen Sie dem vorliegenden Kreditantrag zur Prüfung der Fusion zu.

Obwohl der Fokus in den nächsten zwei Jahren auf einer Fusion mit Villnachern liegen wird, bittet die SP den Stadtrat doch dringend, sich auch aktiv um einen Zusammenschluss mit Windisch zu bemühen. Es ist sehr wichtig, dass Brugg und Windisch, zwei Gemeinden, die seit Jahrzehnten zusammengewachsen sind, irgendwann in nächster Zukunft auch fusionieren können. Es ist nie zu spät, Verpasstes nachzuholen, ganz nach dem Motto: «Gemeinsam sind wir stark.»

Frau Yvonne Buchwalder: Die FDP unterstützt den vorliegenden Projektierungskredit einstimmig. Nachdem bereits die Feuerwehren zusammengeschlossen wurden und die Beförderung in Villnachern durch die Forstverwaltung Brugg ausgeführt wird, ist eine Fusion die logische Fortsetzung. Es gibt bereits heute gute Argumente, die für einen Zusammenschluss sprechen. Aber es ist richtig, dass vor dem eigentlichen Entscheid über eine Fusion auch weitere relevante Punkte geklärt werden.

Wir sehen in der Fusion eine Chance, Herausforderungen gemeinsam und zukunftsorientiert anzugehen und unser Entwicklungspotenzial zu nutzen. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

Herr Stefan Baumann: Ich spreche im Namen der SVP. Wir glauben es fast nicht – schon steht die nächste Fusion an. Während man sich in Schinznach-Bad die Augen reibt über all die ideologisch geprägten Anträge und Vorstösse, scheint in Villnachern offensichtlich noch die Sonne. Abgesehen von dem grossen Demokratieverlust für Villnachern gibt es bei einer allfälligen Fusion auch noch weitere handfeste No-Gos. Man kann nicht einfach ein Vermögen von 10'000 Franken pro Einwohnerin beziehungsweise Einwohner mit einer Schuld von 1'000 Franken zusammenlegen. Entweder zahlt die Stadt Brugg den Betrag jeder Einwohnerin und jedem Einwohner aus, oder die Villnacher Bevölkerung zahlt nach. Klar macht dieses Projekt für Villnachern Sinn, analog Schinznach-Bad verfügt man plötzlich über mehr Vermögen und auch noch tiefere Steuern. Nicht zu vergessen ist auch, dass schon bei der Fusion mit Schinznach-Bad viele Vorteile versprochen wurden, aber was ist passiert? Der Netto-Verwaltungsaufwand pro Kopf ist weiter gestiegen, soeben im Rahmen der Budgetberatung von letzter Woche um über 900'000 Franken pro Jahr.

Ein zweites Mal lassen wir uns nicht mehr über den Tisch ziehen. Wir werden alle Bürgerinnen und Bürger umfassend informieren und all unsere Ressourcen aktivieren. Zur Erinnerung: Die SVP trat im Alleingang gegen eine Fusion mit Schinznach-Bad an. Am Schluss fehlten 64 Stimmen. Mit nur 50,85 Prozent der Stimmen wurde diese Fusion angenommen. Diese Werte liegen weit weg von unseren Wähleranteilen, genauso wie bei Tempo 30 Abstimmungen. Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, ich empfehle Ihnen, sich einmal Gedanken darüber zu machen, wen Sie tatsächlich noch vertreten. Auch der Stadtrat sollte sich Gedanken machen. Er beschäftigt sich lieber mit externen Fusions- und sonstigen ideologisch geprägten Projekten, anstatt seine Arbeit zu machen: Zu führen, zu coachen und endlich auch das Betriebsergebnis der Stadt ins Lot zu bringen. Es wäre höchste Zeit, mehr pri-

vat- und betriebswirtschaftliches Knowhow und Verhalten in die Politik zu bringen. Es bräuchte Persönlichkeiten, die auch einmal unpopuläre Entscheide fällen.

Gemäss Antrag überwiegen die Chancen einer Fusion. Was für welche das genau sind, kommt aber nicht klar heraus. Grösser ist nicht immer besser. Auch mit dieser Fusion wird Brugg nicht Baden und nicht Aarau. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit wie bei der Feuerwehr oder dem Forstbetrieb macht Sinn, aber das kann auch ohne Fusion weiter gepflegt werden.

Die SVP steht klar für den Föderalismus und eine starke Region und wird diesem Fusionskredit deshalb nicht zustimmen.

Frau Angelika Curti: Ich spreche im Namen der Mitte. Mein Vorredner hat mich fast ein wenig sprachlos zurückgelassen, aber ich versuche mein Votum trotzdem zu halten.

Die Mitte ist einstimmig für diesen Kredit. Wir sind der Meinung, die Prüfung einer Fusion mit Villnachern – insbesondere, weil Villnachern auf Brugg zukam – sollte unbedingt in Angriff genommen werden. Die Erfahrungen aus der Fusion mit Schinznach-Bad zeigen, dass auch mit einem kleinen Partner wichtige Synergien aktiviert werden können. Wir sind sicher, dass auch aus einer Fusion mit Villnachern eine Win-win-Situation entstehen kann. Deshalb sind wir einstimmig der Meinung, dass eine Überprüfung dieses Gemeindegemeinschaftszusammenschlusses durchgeführt werden soll, und wir werden diesem Kredit zustimmen.

Herr Yves Gärtner: Das Argument eines Demokratieverlusts kann nicht einfach so im Raum stehen gelassen werden. Wenn Villnachnerinnen und Villnacher zum Heiraten nach Brugg kommen, wenn die Villnacher Feuerwehr eigentlich die Brugger Feuerwehr ist, und wenn der Forstbetrieb der Brugger Forstbetrieb ist, dann ist es für die Bevölkerung von Villnachern kein Demokratieverlust, wenn sie mit den Brugger Einwohnerinnen und Einwohnern zusammen über diese Themen abstimmen dürfen, sondern eher ein Gewinn. Ich gehe jetzt nicht auf die anderen Argumente ein, denn ich glaube, das macht keinen Sinn.

Herr Adriaan Kerkhoven: Für die GLP ist es wichtig, die Anfrage zu beantworten. Und diese Antwort lautet, dass wir die Fusion prüfen wollen, dass wir Geld bewilligen, um alles detailliert und gemeinsam anzuschauen. Die GLP steht, und da wollen wir der SVP eine Brücke bauen, dem Projekt auch kritisch gegenüber, denn wir sind nicht für eine ideologische Zentralisierung. Soweit ich mich erinnere, versprach man Schinznach-Bad, dass der Schulraum erhalten bleibt, also dass zum Beispiel Schinznach Dorf und Veltheim weiterhin Schulstand-

ort bleiben. Ich sehe dieses Versprechen in Gefahr und finde, dass man bei solchen Prüfungen die dezentralen Strukturen nicht einfach zerstören muss. Vielmehr muss man kreativ damit umgehen, denn zu grosse Schulen sind kritische Hotspots. Man muss dies differenziert betrachten und auch unkonventionelle Lösungen suchen. Wenn Brugg in der Region einen guten Namen haben will, müssen wir auch mit Gemeinden, die nicht mit uns fusionieren wollen, gut umgehen. Ich finde es ebenfalls wichtig, dass man zum Beispiel bei der Abwasserfrage schaut, wie sie gut gelöst werden kann. Das Abwasser sollte nicht an die alte Anlage Umiken angeschlossen werden, sondern, wie das eigentlich geplant ist, in die grosse ARA Wasserschloss eingespeist werden. Wir erachten es als wichtig, dass solche Punkte ergebnisoffen und seriös geprüft werden, und dass diesem Demokratieverständnis auch in kleinen Bereichen Rechnung getragen wird. Regionale Strukturen, die gut funktionieren, dürfen nicht einfach zerstört, sondern sollten seriös miteinander geprüft werden. Der Kanton Glarus ist vielleicht das Paradebeispiel für eine Fusionierung, er besteht nur noch aus drei Gemeinden. Das funktioniert sehr gut, eben weil die dezentralen Strukturen erhalten wurden und in diesen drei Gemeinden die ehemaligen kleinen Gemeinden einen wichtigen Stellenwert einnehmen. Ich finde es sehr wichtig, dass man dies gut austariert und gut miteinander anschaut.

Die GLP ist für eine Prüfung der Fusion, insbesondere, weil Brugg ja angefragt worden ist.

Herr Stefan Baumann: Es sind immer wieder die gleichen Märchen, analog Schinznach-Bad. Es heisst: «Überlassen wir doch den Entscheid Villnachern, überlassen wir doch den Entscheid Schinznach-Bad, ob sie mit uns fusionieren wollen oder nicht.» Nein, der Rat vertritt Brugg und nicht Villnachern und nicht Schinznach-Bad. Wenn wir von einem Demokratieverlust sprechen, dann geht es nicht um die Verwaltung wie bei der Feuerwehr oder so, dort arbeiten wir ja bereits zusammen. Das macht auch Sinn, denn die Feuerwehr Brugg hätte einen massiven Unterbestand ohne die Mannschaft von Villnachern, das ist tatsächlich eine Win-win-Situation, die aber auch ohne Fusion entstehen kann.

Wenn wir von einem Demokratieverlust reden, dann sprechen wir beispielsweise von Gemeindeversammlung versus Einwohnerrat. In den Rat muss ich mich erst wählen lassen, ich muss antreten, jede Partei muss Geld investieren. An eine Gemeindeversammlung muss man nicht gehen, wenn es einen nicht interessiert. Aber wenn einen das Thema interessiert, kann er oder sie hingehen und seine Stimme erheben. Der Gemeinderat weiss nie, wie eine Abstimmung endet.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Ich möchte auf das Votum von Adriaan Kerkhoven replizieren, und zwar auf das Versprechen, das Schinznach-Bad gegeben worden sein soll im Zusammenhang mit der Fusion. Richtig ist, dass im Fusionsvertrag festgehalten ist, dass der Primarschulstandort in Schinznach-Bad erhalten bleibt. Es war aber immer klar, dass die Oberstufenschülerinnen und -schüler, die vor der Fusion mit Brugg von Schinznach-Bad ins Schenkenbergertal gingen, nach Brugg zur Schule gehen werden. Es wurde nie etwas anderes versprochen. Ähnlich verhält es sich auch jetzt, wie wir in den Rahmenbedingungen miteinander definierten. Auch in Villnachern soll künftig ein Primarschulstandort mit Kindergarten und allem, was dazugehört, weiter betrieben werden, so dass die Kinder die Möglichkeiten haben, innerhalb ihres Radius zur Schule zu gehen. Was die Oberstufenschülerinnen und -schüler betrifft, so würden wir diese längerfristig gerne in Brugg in der Oberstufe haben. Wir sind uns bewusst und kommunizieren dies auch, dass in diesem Zusammenhang in bestehende Strukturen des Schenkenbergertals eingegriffen wird. Es ist aber nicht der einzige Grund, weshalb das geschieht. Wir sind auch bereits im Gespräch mit den entsprechenden Gemeindevertreterinnen und -vertretern, damit gemeinsam eine Lösung gefunden werden kann, die auf die verschiedenen Bedürfnisse der verschiedenen Parteien Rücksicht nimmt. Vielleicht noch etwas zur interkommunalen Zusammenarbeit beziehungsweise zu Eingriffen in bestehende Strukturen. Auf Seite 14 des Berichts legen die beiden Exekutiven dar, was sie abklärten, wie die Rahmenbedingungen sind, zu welchen Schlüssen sie kamen und wie die interkommunale Zusammenarbeit aussieht. Das ist nur ein Teil, es gibt noch weitere Bereiche, aber man sieht dort schon recht klar, dass Villnachern bereits heute in den meisten Bereichen mit der Stadt Brugg zusammenarbeitet. Es sind im Wesentlichen die Zusammenarbeit im Bereich Oberstufe mit dem Schenkenbergertal und das regionale Steueramt, das Villnachern zusammen mit Riniken und Bözberg führt, wo es Eingriffe in die bestehenden Strukturen gibt. Dies ist allen bewusst, und man ist bestrebt, in diesen Bereichen Lösungen zusammen mit den betroffenen Gemeinden zu finden.

Frau Rita Boeck: Mein Vorredner sprach einen Demokratieverlust für die Bevölkerung von Villnachern an. Ich bin der Meinung, es ist Sache der Villnacher Bevölkerung, wie sie dies erlebt. Wenn Brugg der Villnacher Bevölkerung sagt, sie werde wegen der Fusion unter einem Demokratieverlust leiden, ist dies aus meiner Sicht keine Kommunikation auf Augenhöhe. Ich bin mir sehr wohl bewusst, dass ich Brugger Einwohnerrätin bin, aber ich möchte nicht über die Befindlichkeit bezüglich Demokratie in Villnachern sprechen. Ich finde, das wäre nicht richtig.

Herr Markus Lang: Meine Vorrednerin wies auf einen Punkt, den ich noch anfügen wollte, hin, beziehungsweise auf die Widersprüchlichkeit in der Argumentation, die wir vorhin hörten. Nämlich, dass der Brugger Einwohnerrat für die Angelegenheiten von Brugg entscheiden soll und zugleich heisst es, es gehe darum, einen Demokratieverlust in Villnachern zu verhindern. Das ist eine Angelegenheit der Villnacher Bevölkerung.

Noch eine kurze Stellungnahme zu den Finanzen: Mir kommt es ein wenig so vor wie die Diskussion, die in den 1940er-Jahren stattfand, als es um die Fusion zwischen Brugg und Umiken ging. Das entscheidende Argument war, dass man solche Armengenössige nicht wolle. In der heutigen Zeit sollten wir eigentlich auf einem anderen Niveau politisieren können. Ein Wort zum Begriff Demokratieverlust. Nimmt man den Begriff, wie er gefallen ist, würde dies heissen, dass dieser Einwohnerrat einen Demokratieverlust bedeutet. Ich erlebe das nicht so. Der Brugger Einwohnerrat ist sehr lebendig und pflegt die Demokratie, einfach auf eine andere Art und Weise. Für den Fall, dass sowohl Brugg als auch Villnachern zur Überzeugung gelangen, dass die Fusion stattfinden soll, gilt auch für die Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Villnachern, dass sie an dieser Art von Demokratie partizipieren können.

Herr Stefan Baumann: Ich sagte, wir sind für die Stärkung beziehungsweise den Erhalt des Föderalismus, und in diesem Zusammenhang ist die Erhaltung der Gemeinde Villnachern für uns wichtig. Der Demokratieverlust ist auch in Brugg ein Thema. Es bleiben nämlich 50 Einwohnerrätinnen und -räte, es werden keine Wahlkreise geschaffen. Das heisst, jedes Ratsmitglied, auch jene, die heute fehlen, vertritt die Stimme von über 100 Bürgerinnen und Bürgern. Das ist aus unserer Sicht ebenfalls ganz klar ein Demokratieverlust.

Herr Willi Wengi: Eigentlich bin ich nahe bei der SVP. Es ist zwar kein Demokratie-, aber ein Souveränitätsverlust für die Bürgerinnen und Bürger von Villnachern. Wenn sie zu Brugg gehören, wird der Einwohnerrat entscheiden, wie die Strassenbeleuchtung in Villnachern aussehen soll. Das ist so. Sie werden im Rat nicht sehr stark vertreten sein, es sind dann vielleicht zwei von 50 Ratsmitgliedern, die aus Villnachern kommen. Wir müssen uns den Realitäten stellen. Aber ich erachte dies nicht als Demokratieverlust, und es ist Sache der Villnacher Bevölkerung, ob sie sich uns anschliessen will. Aus meiner Sicht wäre dies langfristig ein Gewinn. Ich falle nicht auf die Erzählungen von Synergien herein, wir haben noch nie erlebt, dass Synergien dann wirklich so wahnsinnig zum Tragen kommen. Aber wir helfen einer

Gemeinde, die Schwierigkeiten hat, Nachfolgende für Ämter zu finden und die auch andere Probleme hat. Wir hörten, dass sie Schulden mitbringen. Ich finde es etwas kurzfristig gedacht, wenn man sagt, jede Einwohnerin und jeder Einwohner bringt 10'000 Franken Schulden mit, und Brugg vermag das nicht zu tragen. Ich bin überzeugt, dass die Fusion Brugg langfristig Vorteile bringt. Ich denke an Lauffohr. Die Lauffohrer mussten sich lange bemühen, bis sie von Brugg eingemeindet worden sind. Heute ist es normal. Ich wohne in Altenburg, bin also eigentlich ebenfalls eingemeindet. Man hört aus Villnachern, Brugg sei nur am Bauland interessiert. Dem ist nicht so. Wir können als Gemeinschaft etwas erreichen, aber es ist die Entscheidung der Villnacherinnen und Villnacher, ob sie zu Brugg kommen wollen oder nicht.

Schlussendlich ist eine Fusion immer eine sehr emotionale Entscheidung. Wieso muss eigentlich immer erst ein Kredit bewilligt und mit viel Geld abgeklärt werden, ob die Fakten für oder gegen eine Fusion sprechen, wenn zu guter Letzt doch die Emotionen entscheiden? Ich finde, man sollte zuerst darüber abstimmen, ob die Fusion gewünscht wird, und danach mit der Planung und dem Geldausgeben beginnen. In der Zeitung konnte man lesen, dass es auch in Villnachern Widerstand gegen die Fusion gibt. Deshalb sollte man zuerst darüber abstimmen, und wenn die Villnacher Bevölkerung nicht zu Brugg kommen will, braucht der Rat keinen Kredit für Abklärungen zu sprechen. Es ist mir klar, dass das so nicht geht, und dass die Abklärungen erst gemacht werden müssen. Deshalb bin ich dafür, dass man diesem Kredit zustimmt. Langfristig ist es für Brugg ein Gewinn, und wenn die Villnacher Bevölkerung dies will, soll man bereit sein, sie aufzunehmen.

Herr Vizeammann Dr. Leo Geissmann: Ich habe das Gefühl, bei den Finanzen wird da etwas ein wenig verzerrt. Die Zahlen stimmen zwar, Villnachern weist eine Nettoschuld pro Kopf von 1'000 Franken aus, und Brugg verfügt über ein Pro-Kopf-Vermögen von zwischen 9'000 und 10'000 Franken. Aber wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass sich die Nettoschuld von 1'000 Franken auf die ganze Schuld von 2 Millionen Franken bezieht. Brugg hat ein Nettovermögen von 120 Millionen Franken. Man muss auch diese Relation betrachten und nicht nur das Pro-Kopf-Vermögen. Natürlich ist es eine Schuld, aber wir werden wahrscheinlich das Nettovermögen mit anderen Investitionen, die deutlich grösser sind als 2 Millionen Franken sind, abbauen.

Herr Titus Meier: Politik ist häufig die Betrachtung des halbleeren oder des halbvollen Glases. Genau darüber streiten wir – ist es halb leer oder halb voll? Wir haben bei gewissen

Traktanden im Rat immer die Diskussion, dass Brugg Zentrumslasten für die ganze Region übernimmt und dafür nicht entschädigt wird. Brugg hat ein Hallenbad, das aber nicht nur von Bruggerinnen und Bruggern genutzt wird, sondern beispielsweise auch von Menschen aus Villnachern, die den gleichen Eintrittspreis zahlen. Wenn es aber darum geht, das Hallenbad zu sanieren, bezahlen die Brugger Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Sanierung. Auch in anderen Bereichen, beispielsweise beim Pflegeheim, erbringt Brugg als Zentrumsgemeinde eine grosse Leistung, und andere Gemeinden sind froh darüber. Aber auch dort ist die Diskussion aufgekommen, warum sich die umliegenden Gemeinden nicht mehr beteiligen, denn im Alter zieht auch deren Bevölkerung langsam wieder in die Stadt oder kommt ins Pflegeheim, und dann erscheint sie auf der Rechnung der Stadt Brugg. Wenn die Villnacher Bevölkerung sagt, man könne nicht mehr alleine existieren, und mit der Stadt Brugg fusionieren will, dann ist dies ihr Wunsch, und Brugg soll ihn prüfen. Wenn Villnachern mit Brugg fusioniert, hat Brugg mehr Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, wodurch die Zentrumslasten auf mehr Köpfe verteilt werden.

Es gibt Bereiche, bei denen uns vielleicht gar nicht mehr bewusst ist, was dahintersteckt. Einige Mitglieder des Einwohnerrats sitzen hier im Saal, weil Brugg mit Umiken fusioniert hat. Ohne Fusion hätte Brugg Barbara Horlacher nicht als Frau Stadtammann. Die Einwohnerrätin aus Schinznach-Bad ist nur möglich, weil Brugg mit Schinznach-Bad fusionierte. Und ich gehe davon aus, dass den Ratsmitgliedern aus Umiken bekannt ist, dass die ARA Umiken nicht auf Brugger Boden steht, sondern auf Boden der Gemeinde Villnachern. Es bestehen bereits heute Überschneidungen zwischen Villnachern und Brugg. Wenn man der Gemeinde Villnachern zum Beispiel raten möchte, die Kirche im Dorf zu lassen, dann muss wissen, dass die Kirche bereits heute in Brugg steht – nämlich in Umiken.

Herr Martin Brügger: Einen Planungskredit respektive einen Kredit für eine Fusion voranzutreiben, ist immer eine taktische politische Aktion der Exekutiven. Das ist legal, man kann ein erstes Stimmungsbild gewinnen und erfahren, wohin die Reise geht. Das nur als kleine Erklärung. Aber um die ganze Euphorie etwas zu dämpfen, empfehle ich einen Spaziergang in Linn zu machen und der Dorfbevölkerung zuzuhören. Nicht jede Fusion läuft glatt ab, und ich hoffe, dass diejenige von Brugg und Villnachern besser funktioniert, falls es denn dazu kommt. Es ist nicht immer alles eitel Sonnenschein. Und überall, wo über ein Freibad diskutiert wird, und dies quasi das erste Thema und der grösste Kostenpunkt ist, wird es gefährlich. Gefährlich für die Identität der Leute, die dort wohnen. Man darf ihnen nicht zu viel von ihrer Kultur und von allem, was ihnen wichtig ist, wegnehmen, und auch nicht nur auf die Fi-

nanzen achten, das ist entscheidend. Schlussendlich geht es meistens darum, dass man um jedes Bänklein kämpfen muss, das den Einwohnerinnen und Einwohnern dort dient. So soll es nicht sein, es sollte eine echte Partnerschaft sein, wenn man fusioniert.

Morgen wird der Rekord der Rhätischen Bahn mit dem längsten Zug der Welt gefeiert. Wenn Brugg die längste Gemeinde von Europa wird, ist dies vielleicht geografisch nicht mehr die ideale Situation. Dann würde ich doch dem Stadtrat raten, über die Gleise zu schauen. Vor 2000 Jahren gab es eine Gemeinde von Windisch bis nach Altenburg, und das wäre doch vielleicht auch wieder ein Ziel.

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Ich möchte noch einmal das Votum von Willi Wengi wegen des Planungskredits für die weiteren Abklärungen respektive für die Prüfung aufnehmen. Für den Stadtrat ist die Richtung klar. Der Stadtrat hat das Gefühl, er habe aus früheren Fusionen gelernt, und wir wissen einigermaßen, was auf uns zukommt. Wir machten Vorabklärungen, und wir sind der Meinung, dass wir die Fusion mit Villnachern anstreben wollen. Wir wollen in diese Richtung gehen, wenn Villnachern dies auch will. Für den vorliegenden Kredit für die vertieften Abklärungen definierte der Stadtrat, welche Abklärungen gemacht werden sollen, und er definierte, welche Dinge bereits klar sind. Der Stadtrat zog Lehren aus früheren Zusammenschlüssen, zum Beispiel, dass es bei einer Fusion nicht nötig ist, die Postleitzahl oder den Namen aufzugeben, sondern dass man diese behalten kann. Wir wissen, wo die kritischen Punkte sind und möchten uns auf diese konzentrieren, so dass mit den anderen Betroffenen, mit der Gemeinde Villnachern, aber auch mit den anderen Gemeinden rundherum gute Lösungen gefunden werden können. In diesem Sinn: Der Stadtrat weiss, wohin er will. Er will die Fusion mit Villnachern.

Herr Willi Wengi: Brugg ist sicher nicht die längste Gemeinde, aber wahrscheinlich die schmalste. Deshalb wäre es auch sinnvoll, dort noch etwas zu erweitern. In Richtung «über die Gleise» können wir dann noch diskutieren.

Es ist klar, dass der Stadtrat in Richtung Fusion gehen will. Ich habe das nur erwähnt, weil am Schluss die Fusionsabstimmung von Emotionen und nicht aufgrund der sachlichen, wenn auch nicht ganz ergebnisoffenen Abklärungen entschieden wird. Die Exekutiven wollen diese Fusion vorantreiben, das ist klar und logisch und wird auch sachlich sauber gemacht. Aber wir verrichten all diese Arbeit, und am Schluss wird es zu einer emotionale Abstimmung kommen. Stefan Baumann sagte, die Abstimmung um Schinznach-Bad sei sehr knapp ausgegangen. Schinznach-Bad war vielleicht etwas weit weg, es liegt ein langer Wald und eine

grosse Strasse dazwischen. Aber jetzt gehört Schinzach-Bad zu Brugg, und wenn Villnachern dazukommt, wird die Grenzziehung einfacher. Ich weiss nicht, wie Vielen bewusst ist, was im Schachen alles zu Villnachern gehört, von dem wir meinen, es gehöre zu Schinzach-Bad oder zu Brugg. Insofern macht es Sinn, den Gemeindebann Villnachern mit demjenigen von Brugg zusammenzulegen. Das ist meine persönliche Ansicht, und ich finde es sinnvoll, wenn Villnachern dies will. Deshalb ist es meiner Meinung nach wichtig, dass die Bevölkerung von Villnachern einer möglichen Fusion zustimmt. Ich gehe davon aus, dass nicht nur der Gemeinderat, sondern auch die Gemeindeversammlung diesem Wunsch Ausdruck verleiht. Wobei sich an den Gemeindeversammlungen vielerorts immer dieselben Personen zu Wort melden. Das fachliche Niveau ist hier im Einwohnerrat deutlich höher. Deshalb ist es auch kein Demokratie-, sondern eher ein Souveränitätsverlust für Villnachern. Noch einmal: Wenn die Bevölkerung von Villnachern die Fusionsabklärungen will, finde ich, sollte Brugg Hand bieten, denn langfristig macht dies sehr viel Sinn.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Abstimmung wird dem Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen für die Prüfung des Gemeindezusammenschlusses der Einwohnergemeinden Brugg und Villnachern und die Ausarbeitung eines Fusionsvertrags einen Bruttokredit von Fr. 60'000 bewilligen.»

mit 30 Ja zu 13 Nein zugestimmt.

#### Traktandum 4: Benefiz Festival «Brugg für die Ukraine»

---

Herr Stadtrat Reto Wettstein: Nachdem der Rat ein Traktandum behandelt hat über die freiwillige Abklärung einer Fusion folgt nun ein tragisches Traktandum, nämlich zu einer aufgezwungenen Annektierung eines Staates. Wir wissen es alle aus der Presse. Der Angriffskrieg von Russland gegen die Ukraine startete am 24. Februar dieses Jahres. Nachdem das Ausmass der Katastrophe auch hinsichtlich der Flüchtlingsströme spürbar wurde – wir haben den grössten Flüchtlingsstrom innerhalb so kurzer Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg – musste und wollte sich der Stadtrat mit dieser Thematik auseinandersetzen. Einerseits für die Unterbringung der vielen geflüchteten Personen aus der Ukraine, andererseits aber auch, um ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen für Demokratie versus Autokratie, ein Zeichen für den Rechtsstaat und gegen Willkür und ein Zeichen für regelbasierte Zusammenarbeit versus Macht des Stärkeren. Der Stadtrat entschied sich deshalb, ein positives Zeichen zu setzen, an dem alle teilnehmen können. Er veranstaltete ein Festival auf Basis der vom Jugendfest bereits vorhandenen Infrastruktur. In diesem Jahr für die Ukraine, und ich hoffe, dass wir es nächstes Jahr nicht für die Ukraine wiederholen müssen. Private spendeten im Zusammenhang mit diesem Festival 15'011 Franken – ich möchte an dieser Stelle den zahlreichen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich danken. Jede Person, die einen Bündel kaufte, trug zu dieser Spende bei, aber selbstverständlich auch die Unternehmen, die einerseits die Bündel abgaben, andererseits aber auch spendeten oder tatkräftig mitwirkten am Festival, und auch die Festwirtinnen und -wirte. Es geht im Antrag darum, diesen Betrag zu verdoppeln.

In der Zwischenzeit ging ein Postulat von Pascal Ammann ein, in welchem beantragt wird, eine Position wiederkehrend ins Budget aufzunehmen, um genau derartige humanitäre Hilfe leisten zu können. Die Ratsmitglieder konnten dies dem an der letzten Sitzung verteilten Factsheet entnehmen. Brugg wäre nicht die erste Stadt, die so etwas macht. Dementsprechend nahm der Stadtrat das Postulat entgegen und würde zukünftig einen solchen Posten im Budget vorsehen. Dies als Nebenbemerkung.

Es geht im Antrag um 15'011 Franken, die der Rat jetzt sprechen würde. Was wird damit gemacht? Der Stadtrat überwies das gespendete Geld der Glückskette, die ein Gemeinwerk ist, welchem viele Gemeinden Beiträge überweisen, weil es schlank aufgestellt ist und das Geld nicht selber in Projekte investiert, sondern bekannten karitativen Organisationen zur Verfügung stellt, beispielsweise dem Schweizerischen Roten Kreuz oder dem Internationalen

Roten Kreuz, der Helvetas, der Caritas, Save the Children oder HEKS. Das sind alles bekannte Organisationen, die in verschiedenen Gebieten der Ukraine tätig sind. Seit Beginn des Krieges unterstützte die Glückskette bereits 52 Projekte mit einem Volumen von 30 Millionen Franken, rund 600'000 Personen konnten von diesen Projekten profitieren. In Bezug auf den bevorstehenden Winter geht es vor allem auch um Unterbringungsmöglichkeiten, die Erzeugung von Wärme und so weiter. Grundsätzlich geht es darum, das Leid der Personen, die noch dort sind, zu lindern. Das ist der Antrag, der im Raum steht. Ich bitte den Rat herzlich, diesem Antrag generell zuzustimmen, und heute speziell für die Ukraine.

Herr Pascal Ammann: «Wenn wir von humanitärer Hilfe sprechen, dann hat nach dem Kriegsbeginn ganz Europa gesagt: Willkommen, willkommen und willkommen. Das war bei uns nicht der Fall. Niemand hat das beim Krieg bei uns gesagt, dass wir gerne kommen können nach Europa oder in andere Länder. Es hat auch niemand gesagt, dass sie uns gerne unterstützen und dass wir hier bleiben dürfen. Niemand hat das gesagt, niemand hat uns gerufen. Das tut weh.» Im Rahmen meines Studiums machte ich vor circa einem halben Jahr ein Interview mit einem jungen Mann aus Afghanistan, und er hat sein Empfinden der aktuellen Lage so beschrieben.

Ich möchte das Thema von Beginn weg etwas öffnen und erkläre auch gerne warum. Die SP ist betroffen, natürlich einerseits von den schrecklichen Bildern, die uns aus der Ukraine seit Februar tagtäglich erreichen, andererseits machte uns aber auch die offensichtliche Ungleichbehandlung von geflüchteten Menschen unter anderem durch die Einführung des Schutzstatus S betroffen, und die grosse Solidarität gleichermassen stolz wie auch nachdenklich. So ging es uns auch in Bezug auf das Benefiz-Festival. Man fragt sich, wo zum Beispiel seit 2011 die Benefiz-Anlässe für Flüchtlinge aus dem Syrien-Krieg geblieben sind, oder wo im August 2021 nach dem Vormarsch der Taliban die Benefiz-Anlässe und die Solidarität für Afghanistan geblieben sind. Auf diesen im Eiltempo organisierten Benefiz-Anlass mit all seinen Schwierigkeiten will ich gar nicht gross eingehen, zumal wir nicht gefragt wurden und der Anlass in Eigenregie vom Stadtrat oder von gewissen Stadträten organisiert worden ist.

Betreffend den konkreten Antrag, über den der Rat heute abstimmen kann, hat die SP folgende Haltung. Bereits vor dem Anlass war uns klar, dass die Forderung isoliert angeschaut zu unterstützen ist, also Mittel für schutzsuchende Personen zur Verfügung zu stellen sind, die sich wegen kriegerischen Auseinandersetzungen auf der Flucht befinden. Man sollte auch die Fluchtgründe und damit die Menschen, die dahinter stehen, nicht gegeneinander

ausspielen, sondern positive Entwicklungen aufnehmen und weiterführen. Damit es nicht bei einer einmaligen Unterstützung von geflüchteten Menschen aus der Ukraine bleibt und weil Flüchtlingsströme auf der ganzen Welt aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen, aber auch aufgrund von Folgen des Klimawandels zunehmen, reichte ich damals auf den Antrag hin eine Motion ein, die eine Budgetposition fordert, die jährliche Spenden zugunsten von geflüchteten und flüchtenden Menschen ermöglicht, sowohl im In- als auch im Ausland. Der Stadtrat empfiehlt in seinem ausführlichen Factsheet, die Motion nicht entgegenzunehmen, so verstand ich es zumindest, formulierte aber einen Gegenvorschlag, der eine Budgetposition humanitäre Hilfe fordert, damit Spenden zugunsten aller Menschen in Not unabhängig von Alter, Geschlecht, Kultur, Nationalität oder Aufenthaltsstatus ermöglicht werden. Ich danke dem Stadtrat für das Aufnehmen des in der Motion verlangten Anliegen und werde aus diesem Grund meine Motion zugunsten dieses Vorschlags zurückziehen. Ich werde jedoch genau beobachten, was im nächsten Budgetprozess zu lesen ist und wie der Stadtrat sicherstellen will, dass unabhängig von Alter, Geschlecht, Kultur, Nationalität und Aufenthaltsstatus Personen von diesen Spenden profitieren können, und ich bin gerade etwas skeptisch geworden, wenn man Motion und Postulat und Entgegennahme und Nichtentgegennahme schon verwechselt.

Dem vorliegenden Antrag wird die SP zustimmen. Wir sehen den Beitrag als erste Spende für humanitäre Hilfe.

Herr Peter Knecht: Der Überfall auf die Ukraine muss in schärfster Form verurteilt werden, es gibt nicht die geringste Rechtfertigung, auch wenn solche immer wieder an den Haaren herbeigezogen werden für das menschenverachtende Vorgehen Putins und seiner Entourage. Grundsätzlich finde ich es eine gute Idee, dass die Infrastruktur des Jugendfests einen Tag länger stehengelassen, mit einem Anlass auf die unerträgliche Situation in der Ukraine aufmerksam gemacht und das Sammeln von Spendengeldern ermöglicht wird. Auch würde ich mich wahrscheinlich nicht zu diesem Traktandum äussern, wäre das Benefiz-Festival als einmalige Angelegenheit unter dem Titel «Brugg für Flüchtlinge» durchgeführt worden. Was mir gar nicht gefällt, ist, dass die Stadt als öffentliche Institution den Fokus auf eine einzelne Flüchtlingsgruppe legt und dieser eine finanzielle Zuwendung mit Steuergeldern gewährt. Aus meiner Sicht wird damit im Fahrwasser eines grausigen Krieges Symbolpolitik betrieben. Nach meinem Empfinden handelt es sich um eine ungerechtfertigte Bevorzugung einer Gruppe und um einen Verstoss gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung. Obwohl aus juristischer Sicht alles seine Richtigkeit haben wird, stellt sich mir die Frage, ob es Sache der

Stadt sei, mit Steuergeldern eine Spende zu finanzieren. Für mich ist das eine Aufgabe von Privaten und Firmen. Die Gemeinden haben übergeordnete Aufträge und mehr als genug Möglichkeiten, sich bei der lokalen Bevölkerung sozial zu engagieren.

Weiter tue ich mich schwer mit dieser Verdoppelung der privaten Spenden aus der Stadtkasse. Verdoppeln, wie «doppelt oder nichts», gehört für mich in die Welt der Gesellschaftsspiele, nicht in eine seriöse Ausgabenplanung. Als Randbemerkung erlaube ich mir auch zu erwähnen, dass bei einer Annahme dieses Geschäfts, womit die Stadt die Einnahmen von 15'000 Franken verdoppelt, der Anlass die Gemeinde effektiv 27'000 Franken kostete, stehen den Einnahmen doch Ausgaben von 12'000 Franken gegenüber, die bereits aus der Stadtkasse bezahlt worden sind. Last but not least grenzt es für mich an Nötigung, dass der Einwohnerrat sieben Tage vor dem Anlass das Geschäft für die Juni-Sitzung auf der Traktandenliste vorfand und die PR-Aktion bitte schön noch hätte absegnen dürfen.

Aus diesen Gründen wird die FDP den Antrag grossmehrheitlich ablehnen.

*--- Frau Vera Becker stösst zum Rat. Es sind nun 46 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr beträgt 24. ---*

Herr Stefan Baumann: Ich spreche im Namen der SVP. Persönlich habe ich eine enge Beziehung zur Ukraine und engagiere mich seit mehr als zehn Jahren privat für die Unterstützung dieses Landes. Obwohl wir in der Schweiz nicht unmittelbar betroffen sind, verlor ein Grossteil der Schweizer Politiker wegen des Krieges den Kopf und handelte vor allem am Anfang höchst irrational. Es regierten die Emotionen. Die generellen Meinungen zu diesem Konflikt werden kontrovers diskutiert, einig ist man sich nur, dass der Krieg sofort aufhören muss. Wie Leserbriefe und die sozialen Medien zeigten, gingen auch die Meinungen zu dieser Benefiz-Veranstaltung auseinander, von «super» bis «pietätslos» war alles dabei. Sowohl ich persönlich als auch die Fraktion finden Unterstützung sinnvoll und wichtig, jedoch erachten wir es nicht als Aufgabe unserer Kommune. Es ist nicht nur nicht unsere Aufgabe, es ist auch nicht unsere Kompetenz, Steuergelder zu spenden, vor allem nicht an einen undefinierten Zweck wie die Glückskette. Zudem könnte der Verdacht entstehen, dass sich Politiker auf Kosten der Steuerzahler profilieren möchten. Denken wir doch einmal weiter: Wo ziehen wir die Grenze? Bei welcher Organisation, bei welchem Betrag? Wie das anders geht, zeigt zum Beispiel Jaroslaw Galek mit seiner Gruppe. Jede Person, die die Ukraine persönlich unterstützen will, kann dies tun, mit Zeit, Geld oder Sachleistungen. Aber nicht mit Steuergeldern. Das Spenden an Organisationen wie zum Beispiel die Glückskette ist eine

private Angelegenheit. Und wie wir hörten, betrug die Spendenbereitschaft 15'011 Franken. Das entspricht eigentlich nur noch 3'000 Franken, wenn man den Aufwand abzieht. Die Stadt leistet ihre Beiträge bereits mit der Zurverfügungstellung von Lokalitäten und anderen Dienstleistungen. Ich bedanke mich an dieser Stelle auch herzlich für die Unterstützung, die ich für das von mir initiierte Projekt erhalten habe.

Dieses Votum ist keine Haltung gegen die Ukraine oder diese Veranstaltung, sondern gegen eine Spende von Steuergeldern. Die SVP wird den Antrag deshalb nicht unterstützen.

Frau Andrea Rauber: Ich spreche im Namen der Grünliberalen. Auch wir sind eigentlich eher skeptisch, wenn die Stadt eine solche Spende unterstützt. Aber wir sind der Meinung, dass es ein wichtiges Zeichen für die Solidarität mit der Ukraine ist. Wir alle hätten einen solchen Krieg auf europäischem Boden nicht für möglich gehalten. Bomben, die eine europäische Hauptstadt zerstören, ein Krieg gegen einen Aggressor, der jegliche Humanität vermissen lässt, so etwas ist in einem solchen Ausmass kaum vorstellbar. Deshalb kamen wir zum Schluss, diesen Antrag zu unterstützen, als einmalige Aktion, als einmaliges Signal für die Solidarität mit der Ukraine, die auch für uns kämpft, für unseren Rechtsstaat, für unsere Demokratie und für unsere Werte. Wir sind aber der Meinung, dass schon sehr viel humanitäre Hilfe aus der Schweiz in die Ukraine fliesst und dass die Ukrainer, die in die Schweiz geflüchtet sind und alles zurücklassen mussten, was sie hatten, auch unsere Unterstützung benötigen. Deshalb stellen wir den Änderungsantrag, den stadträtlichen Antrag wie folgt zu ergänzen: «... und das gesammelte Geld für Projekte einsetzen, welche Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich in der Schweiz aufhalten, zu Gute kommen lassen.»

Frau Esther Graf: Ich spreche im Namen der EVP. Ich muss nicht wiederholen, was bereits gesagt wurde über diesen unsäglichen Krieg. Wir sind als Fraktion einfach der Meinung, dass man Steuergelder nicht so einsetzen sollte, wie es jetzt mit der Verdoppelung des Betrags angedacht ist. Deshalb werden wir diesen Antrag nicht unterstützen. Wir denken, dass sich Jede und Jeder persönlich einsetzen darf, mit Geldmitteln, mit Engagement für Menschen, und dass Flüchtlinge, egal woher sie kommen, gleichbehandelt werden sollen, und nicht die einen «flüchtlinger» sind als andere.

Der Präsident: Es liegt ein Änderungsantrag der GLP vor. Ich wiederhole ihn noch einmal: «Der Antrag sei wie folgt zu ergänzen: «Sie wollen den von privaten gesammelten Spendenbeitrag bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 75'000 verdoppeln und das gesammelte Geld für

Projekte einsetzen, welche Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich in der Schweiz aufhalten, zu Gute kommen lassen.»»

Herr Titus Meier: Ich habe eine Verständnisfrage. Stellt die GLP den Antrag, dass das gesammelte Spendengeld nicht an die Glückskette gehen, sondern anders eingesetzt werden soll? Also auch anders als das, wovon die Personen, die damals spendeten, ausgingen? Oder geht es darum, dass die Verdoppelung des Betrags, welche die Stadt aus Steuergeldern finanzieren würde, in der Schweiz eingesetzt wird und das andere Geld an die Glückskette überwiesen wird?

Frau Andrea Rauber: Der Rat stimmt heute Abend über den Beitrag der Stadt ab. Unser Antrag ist, dass das Geld, welches die Stadt spenden will, Ukrainerinnen und Ukrainern zu Gute kommt, die sich hier aufhalten und in Not sind.

Herr Silvan Brügger: Ich unterstütze den originalen Antrag des Stadtrats und bedanke mich ganz herzlich bei den beteiligten Personen für die Organisation dieses Anlasses. Ich fand es ein schönes und wichtiges Zeichen der Solidarität, auch wenn das Ergebnis vielleicht etwas tiefer ausfiel, als man dies anfänglich optimistisch erwartete. Ich finde es eher grenzwertig, wenn man dem Stadtrat quasi Nötigung vorwirft, weil er diesen Anlass kurzfristig organisierte. Der Stadtrat muss im Namen seines Mandats handlungsfähig bleiben und so etwas auf die Beine stellen können.

Persönlich nahm mich diese Geschichte auch recht mit, ich bin als Übersetzer beim Bundesasylzentrum tätig und habe dort in den letzten Monaten Hunderten, wenn nicht über 1'000 Asyl-beziehungsweise Status S-Suchenden geholfen, sich zu registrieren. Die private Basisinitiative, die auch in Brugg sehr tatkräftig betrieben wird, ist zweifellos wichtig, vielleicht wichtiger als dieser Anlass. Aber ich finde es schade, wenn man nicht einfach den positiven Schwung mitnimmt und den Antrag unterstützt, wie er vorliegt, sondern wenn das Ganze in eine kleinliche Diskussion um Minimalbeträge ausartet. Wenn ich sehe, dass die Ukrainerinnen und Ukrainer vielleicht positiver empfangen worden sind, freut mich auch das ein wenig. Ich unterstütze die Ausführungen von Pascal Ammann vollumfänglich und finde es wichtig, dass man diesen Schwung mitnimmt und sagt, man macht auch in Zukunft etwas für andere Kriegs Betroffene. Wenn es nun so dargestellt wird, dass man sich ein wenig um das Image kümmert, mag das stimmen, um das Image von einzelnen Personen, um das Image einer Gemeinde, aber so ist es nun mal. Überlegen Sie sich, wie wir dastehen, wenn berichtet

wird, dass Brugg den Kreditantrag ablehnt? Hunderte von Schweizer Gemeinden, auch kleinere, haben grössere Beträge gesprochen, als Brugg dies jetzt machen will. Wie kommt das an? Ich bin dafür, dass der Rat diesen Antrag annimmt, diese Spende unterstützt und in Zukunft, wie es der Stadtrat mit seinem Factsheet wunderbar darlegte, eine entsprechende Budgetposition einrichtet und die Ausführungen von Pascal Ammann miteinfließen lässt. Ich bin auch ein bisschen stolz auf die grosse Solidarität, die sich in den letzten Monaten entwickelte, und die nur mit der Solidarität gegenüber den Ungarn 1956 und den Tschechoslowaken 1968 vergleichbar ist. Ich glaube, ein bisschen etwas hat sich in dieser Richtung im letzten Halbjahr in der Schweiz auch ereignet, und darum unterstütze ich den Antrag des Stadtrats.

Frau Gina Sträuli: Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass geflüchtete Personen unabhängig davon, ob sie aus einem europäischen Land oder von sonst irgendwo her stammen den gleichen Wert haben. Das hörten wir jetzt von ganz vielen Ratsmitgliedern. Deshalb habe ich einen ganz spontanen Änderungsantrag, und zwar möchte ich die Verdoppelung allgemein geflüchteten Personen zu Gute kommen lassen, also nicht spezifisch ukrainischen Menschen. Damit würden wir ein Zeichen setzen für das, was viele Ratsmitglieder propagiert haben.

Herr Reto Bertschi: Es ist eine schräge Diskussion, die hier aufkommt. Mit dem Antrag der GLP müssen wir jetzt darüber diskutieren, ob Ukrainerinnen und Ukrainer in der Ukraine mehr oder weniger wert als diejenigen, die hier sind. Ich bitte die GLP, diesen seltsamen Antrag zurückzuziehen, denn sonst müssen wir tatsächlich anfangen zu diskutieren, ob die einen besser sind als die anderen.

Frau Andrea Rauber: Diese Diskussion geht in eine sehr komische Richtung. Es kann nicht sein, dass wir entscheiden, wer besser oder schlechter, bedürftiger oder weniger bedürftig ist. Die Frage ist vielmehr, was die Aufgabe unserer Stadt ist. Unsere Stadt ist hauptsächlich verantwortlich für die Menschen, die auf ihrem Boden leben. Deshalb fanden wir, es sei sehr viel Hilfe in die Ukraine unterwegs, aber es gibt auch einen grossen Bedarf bei Ukrainerinnen und Ukrainern, die mit Nichts hierhergekommen sind. Deshalb unser Vorschlag, diesen kleinen Betrag, um den es schlussendlich geht, hier in Brugg zu verwenden.

Herr Rudolf Föchlin: Diese Diskussion zeigt doch wunderbar, wo das Problem liegt, wenn die Stadt zu spenden anfängt. Bei jeder Aufgabe, die man sich vornimmt, muss man sich doch zuerst überlegen, ob es wünschenswert ist. Das ist es hier auf jeden Fall. Dann muss man sich fragen, ob es eine Staatsaufgabe ist. Und wenn man sich fragt, ob es eine Staatsaufgabe ist, ist die Anschlussfrage, wie sie umgesetzt werden kann. Die Diskussion, die wir jetzt führen, zeigt aber die Schwierigkeit, die entsteht, wenn das Spenden zu einer Staatsaufgabe wird. Wir haben grosse Möglichkeiten, humanitär tätig zu sein, was wir auch tun. Ich persönlich finde es sinnvoll, wenn man die Willkür, die dem Spenden immer inhärent ist, denen überlässt, die nicht an gesetzlichen Rahmenbedingungen bezüglich Unterstützung gebunden sind, nämlich uns Bürgerinnen und Bürgern.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

In der Gegenüberstellung des Änderungsantrags der GLP:

«Sie wollen den von Privaten gesammelten Spendenbetrag bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 75'000 verdoppeln und das gesammelte Geld für Projekte einsetzen, welche Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich in der Schweiz aufhalten, zugutekommen lassen.»

und des Änderungsantrags der Grünen:

«Sie wollen den von Privaten gesammelten Spendenbetrag bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 75'000 verdoppeln. Dieser Betrag sollte geflüchteten Menschen egal ihrer Herkunft zu Gute kommen.»

obsiegt der Antrag der Grünen mit 25 zu 11 Stimmen.

In der Gegenüberstellung des Änderungsantrags der Grünen:

«Sie wollen den von Privaten gesammelten Spendenbetrag bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 75'000 verdoppeln. Dieser Betrag sollte geflüchteten Menschen egal ihrer Herkunft zu Gute kommen.»

und des Antrags des Stadtrats:

«Sie wollen den von Privaten gesammelten Spendenbetrag bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 75'000 verdoppeln.»

obsiegt der Antrag des Stadtrats mit 21 zu 14 Stimmen.

In der Schlussabstimmung wird der Antrag des Stadtrats:

«Sie wollen den von Privaten gesammelten Spendenbetrag bis zu einem Maximalbetrag von Fr. 75'000 verdoppeln.»

mit 19 Ja zu 25 Nein abgelehnt.

Traktandum 5: Postulat Barbara Geissmann betreffend Einsatz einer Online-Wahlhilfe bei den nächsten Einwohnerratswahlen (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

---

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Der Stadtrat führte bereits in der Antwort auf die kleine Anfrage, die diesem Postulat vorausgegangen war, aus, dass er dem Einsatz einer Online-Wahlhilfe bei den Einwohnerratswahlen grundsätzlich offen gegenübersteht. Eine solche Wahlhilfe kann den Wählerinnen und Wählern eine auf Sachthemen ausgerichtete Orientierungshilfe bieten. Der Stadtrat ist deshalb gerne bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen und im Budget 2025 die Mittel für den Einsatz einer Online-Wahlhilfe einzustellen. Er geht davon aus, dass dies Kosten von maximal rund 10'000 Franken sein werden. Gleichzeitig macht der Stadtrat aber darauf aufmerksam, dass er den Einsatz eines solchen Tools bei den Wahlen der Exekutive als kritisch beurteilt, weil die Offenlegung von persönlichen Äusserungen der Kandidierenden zu Konflikten mit dem Kollegialitätsprinzip führen könnte.

Frau Barbara Geissmann: Vielen Dank für die Einleitung und die Entgegennahme des Postulats. Formell geht es darum, eine Online-Wahlhilfe wie zum Beispiel Smartvote für die Einwohnerratswahlen zu ermöglichen. Das Postulat ist so formuliert, dass ein Ausprobieren bei den nächsten Wahlen ermöglicht wird. Danach muss evaluiert werden, ob sich das Hilfsmittel bewährte, ob es genutzt wurde et cetera. Es geht also im Postulat grob um einen Antrag für das einmalige Einstellen eines Betrags von 7'000 Franken bis maximal 10'000 Franken in das Budget 2025.

Inhaltlich geht es in erster Linie um ein Anliegen aus der Bevölkerung. Ich bin im Zuge der Einwohnerratswahlen etwa fünf Mal von verschiedenen Seiten darauf angesprochen worden, weshalb es für die Wahlen kein hilfreiches Angebot wie zum Beispiel Smartvote gäbe. Es geht also auch um ein Anliegen aus der Bevölkerung, das wir Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte heute an den Stadtrat überweisen dürfen. Es geht auch um Transparenz. Wir nennen uns Vertreterinnen und Vertreter des Brugger Volks und sagen, wir hätten eine Verpflichtung gegenüber unseren Wählerinnen und Wählern, ihre Anliegen zu vertreten. Damit wir aber mit Bestimmtheit sagen können, dass wir ihre Anliegen vertreten, müssen die Wählerinnen und Wähler auch wissen, wer wir sind. Einige kennen einen kleineren oder grösseren Teil des Rats, sei es persönlich, von Veranstaltungen oder aus den Medien. Andere kennen aber niemanden. Falls Brugg in vier Jahren tatsächlich mit Villnachern fusioniert,

kommen zu dieser zweiten Kategorie bestimmt einige Personen hinzu. Eine Online-Wahlhilfe ist ein einfaches Mittel, um Kandidatinnen und Kandidaten, aber auch Parteien, zumindest ein bisschen besser kennenzulernen.

Kommunalpolitik ist nicht Bundespolitik. Wieso brauchen wir also auf kommunaler Ebene die gleichen Hilfsmittel wie es sie auf nationaler Ebene gibt? Eben genau, weil Kommunalpolitik nicht wie Bundespolitik ist. Weil der Einwohnerrat nicht die gleichen Themen, Fragestellungen, Probleme und Zuständigkeiten hat und sich mit anderen Geschäften und Interessen befasst. Im Rat geht es in erster Linie darum, die eigene Gemeinde lebenswerter zu machen. Im Anliegen geht es um ein freiwilliges Angebot. Das Angebot ist für die Wählerinnen und Wähler freiwillig, aber auch für Kandidatinnen und Kandidaten. Es ist nie so, dass alle den Fragebogen ausfüllen. Es gibt keinen Zwang dazu und keine direkten negativen Implikationen, wenn man den Fragebogen nicht ausfüllt. Die Fragen sind in der Regel so abgefasst, dass einem eine Antwort nicht unangenehm sein muss, wenn man sich vielleicht auch mit derjenigen Partei, die diese Antwort auch vertritt, identifiziert. Man kann bei jeder Antwort eine Erklärung schreiben, wenn man etwas differenzieren will.

Als Mitglieder des Einwohnerrats haben wir die Verpflichtung, die Bevölkerung möglichst gut zu vertreten. Das gelingt am besten, wenn jeder Wähler und jede Wählerin genau diejenige Wahlhilfe oder diejenigen Informationen erhält, die er oder sie sich wünscht. Deshalb danke ich dem Stadtrat für die Entgegennahme und dem Rat für die Überweisung des Postulats.

Herr Titus Meier: Grundsätzlich ist die FDP für Transparenz gegenüber den Wählerinnen und Wählern. Das ist uns und allen Ratsmitgliedern wichtig. Wir alle stellten uns letztes Jahr zur Wahl, lächelten freundlich von Plakaten, zeigten uns auf Flyern, standen auf dem Neumarktplatz, waren auch auf Social Media präsent, beantworteten Fragen und präsentierten uns überall. Warum also sind wir gegen Smartvote? Smartvote kann die Übereinstimmung bei einer Frage messen, aber nicht die politische Auseinandersetzung ersetzen. Doch genau das ist zentral. Beispiel Schöneggpark. Eine Smartvote-Frage könnte lauten: «Sind Sie für die Neugestaltung des Schöneggparks?» Bei einer solchen Frage hätten wir sehr wahrscheinlich eine Übereinstimmung von beinahe 100 Prozent. Aber jeder hat seine eigene Vorstellung, was geändert werden müsste. Das wird nicht erfasst. Man könnte fragen: «Sind Sie für die Überarbeitung der Neugestaltung des Schöneggparks und die Aufhebung der Parkplätze?» Das ist konkreter, aber jetzt gibt es diejenigen, die für die Neugestaltung des Schöneggparks sind, aber die Parkplätze beibehalten wollen. Was gebe ich in diesem Fall an? Entscheidend bei Smartvote ist, wer stellt die Fragen und wer operationalisiert sie, wandelt

sie also in den Smartspider um? Das ist die entscheidende Aufgabe, und sie geschieht im Verborgenen. Das ist nicht Transparenz. Ich durfte schon bei einigen Wahlkämpfen Smartspider ausfüllen und Vimentis-Fragen beantworten. Es ist lustig, ich erhielt bei denselben Wahlen ungefähr die gleichen Fragen, erhielt jedoch ein völlig anderes Bild. Die Operationalisierung im Hintergrund ist nicht transparent und wird nicht ausgewiesen.

Ein anderes Problem, das auftreten wird, ist, dass Smartvote nicht nur Fragen zur lokalen Politik stellt. Um Kandidatinnen und Kandidaten politisch vermessen zu können, werden auch Fragen zur eidgenössischen Politik gestellt. Aber das sind Fragen, die bei uns im Einwohnerrat keine Rolle spielen, und bei denen wir möglicherweise auch in den Parteien ganz unterschiedliche Haltungen haben. Und auch hier ist es entscheidend, wie die Frage formuliert wird. Bei Smartvote gibt es ein relativ einfaches Rezept, um möglichst viele Übereinstimmungen zu erzielen. Man darf den Extremen am linken und am rechten Ende des Spektrums nicht zustimmen, sondern muss darauf achten, schön in der wohlfühligen Mitte zu bleiben. Vielleicht ist das auch der Grund, dass dieser Vorstoss von der Mitte eingereicht worden ist, denn hier hat sie die grösste Übereinstimmung mit den Wählerinnen und Wählern. Die FDP ist deshalb gegen die Überweisung dieses Vorstosses. Sollte er jedoch überwiesen werden, wovon aufgrund der vorhergehenden Rückmeldungen auszugehen ist, sollten die Fragen, die gestellt werden, auch das Parteienspektrum abbilden und es sollte ein ausschliesslicher Fokus auf die Lokalpolitik bestehen. Und wenn schon in Bezug auf den Einwohnerrat Transparenz bestehen soll, wollen wir sie auch beim Stadtrat. Wenn sich der Rat aber gegen das Einstellen einer Budgetposition für eine Online-Wahlhilfe entscheidet oder – das Postulat ist diesbezüglich offen formuliert – nicht Smartvote eingesetzt wird, wäre es zum Beispiel möglich, sich im Hinblick auf die Einwohnerratswahlen auf der Homepage der Stadt Brugg zu Fragen vernehmen zu lassen, welche die Parteien eingebracht haben. So sieht die Wählerin und der Wähler, wie eine Partei zu dieser Frage steht. Früher machten dies jeweils die Zeitungen. Bei den letzten Wahlen ging es aber mehr darum, welches die ältesten und jüngsten Kandidierenden sind. Wenn die Stadt schon Geld ausgeben will, könnte sie zum Beispiel die Produktion der Flyer, die den Wahlcouverts beigelegt werden, auf Kosten der Steuerzahlenden übernehmen, denn die Steuerzahlenden erhalten auch die Leistung. Nach einer möglichen Fusion mit Villnachern sind noch mehr Haushalte zu bedienen, und bis jetzt tragen die Parteien diese Kosten. Wenn man also die Wählerinnen und Wähler beim Entscheidprozess unterstützen will, kann man dies zum Beispiel auf diese Weise tun, aber nicht mit Smartvote.

Frau Isabella Bertschi: Ich spreche im Namen der SP. Das zur Diskussion stehende Postulat fordert, dass Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit in Zukunft Online-Wahlhilfen bei kommunalen Wahlen zum Einsatz kommen. Und eben nicht zwingend Smartvote, das Postulat ist bewusst offen formuliert. Genauer geht es um eine erste Evaluation bei der nächsten Wahl des Einwohnerrats. Es nimmt damit einen Wunsch aus der Bevölkerung auf. Viel wichtiger aber ist, dass der Einsatz einer Online-Wahlhilfe einen wichtigen Beitrag zur Demokratisierung, zur Verbesserung der Transparenz in der Politik und zur Nahbarkeit der Politik für breite Bevölkerungskreise leistet. Die empfundene Unnahbarkeit der Politik und ihrer Repräsentantinnen und Repräsentanten ist seit langem ein Problem, das demokratische Staaten umtreibt. Was gerne als Wahlfaulheit der Stimmbevölkerung abgetan wird, ist vielfach sehr viel eher Politikverdrossenheit aufgrund von mangelnden Informationen in einfach zugänglicher Form. Die Wählerinnen und Wähler sind frustriert und resigniert, weil sie keinen unkomplizierten Zugang zu Informationen darüber haben, wer ihre Interessen und politischen Einstellungen möglichst gut vertritt. Online-Wahlhilfen können einen Beitrag leisten, die Komplexität politischer Einstellungen herunterzubrechen und damit der Bevölkerung näher zu bringen. Wer sich gegen solche Wahlhilfen engagiert, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, kein Interesse an einer möglichst guten Information der Bevölkerung zu haben. Die Begründung des Stadtrats, weshalb bis anhin keine Online-Wahlhilfen eingesetzt wurden, ist mehr als dürftig. Man sei davon ausgegangen, dass in einer Gemeinde in der Gröszenordnung der Stadt Brugg die Stimmbürgerinnen respektive Stimmbürger und die Kandidatinnen respektive Kandidaten einander kennen und dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit herkömmlicher Wahlwerbung ein differenziertes Bild der Kandidierenden machen können. Dass herkömmliche Wahlwerbung bezüglich Informationsgehalt und Vergleichbarkeit nicht mit standardisierten inhaltlichen Profilen von Kandidierenden in Online-Wahlhilfen mithalten kann, ist klar. Sehr erfreut nehmen wir deshalb zur Kenntnis, dass der Stadtrat seine Haltung inzwischen überdachte und das Postulat entgegennimmt. Dass sich jetzt im Rat verschiedene Exponentinnen und Exponenten gegen dieses Anliegen stellen, ist bedauerlich. Vielleicht wäre es für die eine oder andere Person hilfreich, sich noch einmal zu überlegen, welches Signal diese Ablehnung an die Stimmbevölkerung sendet. Aus meiner Sicht macht es einen nicht unbedingt wählbarer. Bezüglich der Ausgestaltung der Online-Wahlhilfe machen wir zudem darauf aufmerksam – und das bezieht sich jetzt auf Smartvote, ob das auf andere Online-Wahlhilfen ebenfalls zutrifft, weiss ich nicht – dass sich auch die Bevölkerung beim Fragenpool einbringen kann. Man kann also Fragen vorschlagen, die für die betreffende Wahl wichtig sind. Auch wir als Einwohnerrätinnen und Einwoh-

nerräte sind Teil der Bevölkerung und können dementsprechend Fragen einbringen. Dies als Hinweis zur Bemerkung meines Vorredners, es sei wichtig, dass lokale Themen präsent seien. Dazu können wir selbst beitragen, und diese Option sollten wir unbedingt nutzen. Sie trägt zusätzlich dazu bei, dass die Wahlhilfe möglichst so ausgestaltet ist, dass sie auf unsere Stadt passt und dass sie Haltungen zu konkreten Geschäften abfragt, die wir in diesem Rat tatsächlich behandeln werden.

Und zuletzt noch dies: Bei einem Nettovermögen von über 120 Millionen Franken masst es mehr als kleinlich an, aus ökonomischen Gründen auf eine Online-Wahlhilfe zu verzichten. Wie aus der Antwort auf die kleine Anfrage von Barbara Geissmann hervorgegangen war, belaufen sich die Kosten für die Begleitung einer kommunalen Wahl in einer Stadt wie Brugg auf weniger als 10'000 Franken, Frau Stadtmann Barbara Horlacher erwähnte es bereits. Diesen Betrag ist der bedeutende Zugewinn an Transparenz auf jedem Fall wert. In diesem Sinne bedankt sich die SP bei allen, die das Postulat unterstützen.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Der Präsident: Es wurde die Abstimmung über das Postulat verlangt.

In der Abstimmung wird das Postulat mit 25 Ja gegen 19 Nein überwiesen.

Traktandum 6: Postulat Barbara Müller betreffend Anschaffung von motorisierten Geräten  
(wird vom Stadtrat entgegengenommen)

---

Frau Stadtammann Barbara Horlacher: Das Postulat fordert den Stadtrat auf, bei Neuanschaffungen von Geräten für den Maschinenpark des Werkdienstes zwingend zu prüfen, ob Geräte mit Elektro- oder anderen nachhaltigen Antrieben beschafft werden können. Das gibt mir Gelegenheit, eine kleine Bestandesaufnahme zu machen. Aktuell werden rund vier Fünftel aller Heckenscheren, ein Fünftel der Freischneider und etwa ein Drittel der Laubbläser und der Kettensägen, die beim Werkdienst im Einsatz stehen, mit Strom betrieben. Nur die Rasenmäher werden ausschliesslich mit Benzin betrieben. Sie weisen alle noch eine Lebensdauer von mehr als fünf Jahren auf. Ausserdem sind Rasenmäher mit elektrischem Antrieb heute noch bedeutend schwerer als solche mit herkömmlichem Antrieb und wegen ihres hohen Gewichts für die tägliche Arbeit nur bedingt geeignet. Grundsätzlich kann man festhalten, dass für die vom Werkdienst benötigten Geräte und Maschinen zurzeit neben dem Elektroantrieb keine anderen nachhaltigen Antriebsarten verfügbar sind und dass das Angebot an elektrischen Geräten im Profibereich deutlich kleiner ist als bei Hobbyanwendungen. Es ist jedoch gut möglich, dass sich in den nächsten Jahren die Technologie auch bei spezialisierten Geräten weiterentwickeln wird. Der Leiter des Werkdienstes verfolgt schon heute die Entwicklung der auf dem Markt verfügbaren Geräte und prüft bei jeder Beschaffung, ob ein Gerät mit einem alternativen Antrieb verfügbar ist, das den Anforderungen des Werkdienstes sowohl in funktionaler als auch in betriebswirtschaftlicher Hinsicht genügt.

Unter dieser Prämisse ist der Stadtrat gerne bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Frau Barbara Müller: Im Frühjahr überwies der Rat ein Postulat der Mitte mit dem Inhalt, dass der Stadtrat bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen prüfen soll, ob es Modelle mit Elektroantrieb gibt. Wir sind der Ansicht, dass diese Praxis auch auf andere Gerätschaften ausgeweitet werden soll. Für eine Energiestadt wie Brugg sollte dies eigentlich selbstverständlich sein, und darum sollten Verbrennungsmotoren wo immer möglich vermieden werden. Es ist mir aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Prüfung der Beschaffungen ergebnisoffen gestaltet werden soll.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Eine Abstimmung über das Postulat entfällt, da dieses vom Stadtrat entgegengenommen wird.

Traktandum 7: Postulat Silvan Brügger betreffend Brugg Netto-Null CO<sub>2eq</sub> bis 2040 (wird vom Stadtrat entgegengenommen)

---

Herr Stadtrat Roger Brogli: Das Postulat verlangt, den Stadtrat zu beauftragen, bis Ende 2022 eine umfassende Klimastrategie zu erstellen mit dem Ziel, bis 2040 Treibhausgas-Emissionen von Netto-Null zu erreichen. Der Stadtrat anerkennt die Notwendigkeit dieses hochgesteckten Ziels im Wissen darum, dass dies nur mit sehr grossem finanziellem und personellem Aufwand zu erreichen ist. Aufgrund dieser Notwendigkeit nimmt der Stadtrat dieses Postulat mit Korrektur des Datums zur Erstellung einer umfassenden Klimastrategie bis Ende 2023 entgegen.

Herr Silvan Brügger: Es ist absehbar, dass dieses Postulat nicht unbestritten sein wird, auch wenn ich mich herzlich für dessen Entgegennahme durch den Stadtrat mit der notwendigen Datumskorrektur, die durch die verzögerte Traktandierung erforderlich ist, bedanke. Der menschengemachte Klimawandel wird von keinem Experten und von keiner Expertin mehr bestritten. Alle ernstzunehmenden politischen Kräfte haben eingesehen, dass es aktives Handeln braucht, um klimaschädliche Treibhausgas-Emissionen zu vermeiden und unsere Zukunft zu sichern. Es geht also nicht mehr um das Warum, sondern um das Wann und das Wie. International definieren die Pariser Klimaziele, dass die klimaschädlichen Emissionen nicht nur reduziert, sondern auf Netto-Null gebracht werden müssen. Das heisst, alle Emissionen, die nach 2050 ausgestossen werden, müssen im Saldo mit Negativemissionen, die sehr teuer sind, auf Null ausgeglichen werden.

Wir sind hier im Einwohnerrat Brugg, und mir geht es darum, was wir bei uns bewirken können, welchen Pfad Brugg beschreiten müsste. Ein wenig politischer Kontext aus der Schweiz, ich zitiere wörtlich beziehungsweise sinngemäss: «Für einen massiven Ausbau von erneuerbaren Energien: Die Stadt Luzern soll bis 2040 klimaneutral werden. Wir unterstützen deshalb die Erhöhung des Energiefonds, energetische Gebäudesanierungen und den massiven Ausbau von erneuerbaren Energien wie Solarstrom bis 2050 um das 18fache. Der motorisierte Individualverkehr soll nicht weiter wachsen, man strebt eine Plafonierung des motorisierten Individualverkehrs auf dem Stand von 2020 an.» Diese Forderungen stammen nicht von der Klimastreik-Bewegung, sondern von einem Komitee bestehend aus FDP, Jungfreisinnigen, Mitte, KMU-Vereinigungen, Wirtschafts- und Hauseigentümerverband und der

Stadt Luzern. Mit diesen Forderungen trat das Komitee im Abstimmungskampf gegen noch weitergehende Ziele und Massnahmen an.

Abstimmungen in verschiedenen Schweizer Städten zeigten, dass die Bevölkerung keine Massnahmen will, die sie als nicht zielführend erachtet, sie will scharfe Massnahmen und ambitionierte Klimaziele und bestätigt diese zum Teil deutlich. Häufig musste ein Stichentscheid zwischen einem ambitionierten Klimaziel und einem Kompromissvorschlag gefällt werden, und diesen Stichentscheid gewann in Städten wie Winterthur, Luzern und Zürich ganz klar die ambitionierte Variante. In Basel steht in dieser Beziehung noch ein harter Abstimmungskampf bevor, dort geht es aber um die Frage, ob das Jahr 2030 oder das Jahr 2037 angestrebt werden soll. 2040 ist das, was die Schweizer Städte wollen.

Es kann aber auch nicht darum gehen, jahrelang darüber zu diskutieren, was das Ziel sein soll: 2030, 2040 oder 2050, denn in jedem Fall ist ein sehr ambitionierter Plan gefordert, wie Netto-Null erreicht werden kann. Denn mit dem Klima und mit der Physik kann man nicht verhandeln. Wir müssen alle auf allen Ebenen des staatlichen, persönlichen und wirtschaftlichen Handelns am selben Strick ziehen, um das Ziel Netto-Null erreichen zu können. Und wer, wenn nicht eine Stadt wie Brugg mit ihren personellen Kapazitäten und mit ihrem Vermögen soll hier vorangehen? Die Investitionen, die zweifellos hohe Kosten verursachen werden, werden sich aber bezahlt machen, denn man muss sie sowieso tätigen, und je früher sie erfolgen, desto günstiger wird es beziehungsweise je länger wir warten, desto weniger Zeit steht für die Umsetzung der Massnahmen zur Verfügung und desto teurer werden die Investitionen.

Klimaziel 2040: Ein hehres Ziel, aber schlussendlich geht es nicht um das Ziel, sondern um die Umsetzung. Das ist wie mit den Silvestervorsätzen. Mit ihnen alleine erreicht man nichts, es braucht einen gangbaren Weg. Da erwarte ich mittels der Annahme des Postulats, dass der Stadtrat uns voranbringt, dass wir Erkenntnisse gewinnen, wie wir das Klimaziel Netto-Null in Brugg erreichen können. Ich erwarte aber auch, dass unbestrittene Massnahmen durchaus schon vor dem Vorliegen eines ausführlichen Berichts eingeleitet werden. Massnahmen zum Beispiel, deren Effizienz sich andernorts bereits erwiesen hat. Brugg hinkt etwas hinterher, andere haben schon mehr Erfahrungen gesammelt. Das ist in diesem Sinn vielleicht nicht einmal ein Minus, man kann schauen, was sich bereits bewährt hat und was gute Beispiele sind, die man umsetzen kann, bevor ein Bericht vorliegt.

Ich möchte auch den Lokalpatriotismus der Ratsmitglieder anstacheln, denn wir können immerhin noch in Bezug auf unseren Bezirk eine Vorreiterrolle einnehmen. Und der Abstand gegenüber anderen Aargauer Kleinstädten sollte nicht zu gross werden. Ich denke da zum

Beispiel an Aarau, das bereits seit einem ganzen Jahrzehnt sehr ambitionierte Massnahmen umsetzt und sogar verbindliche Klimaziele und Absetzpfade in seiner Gemeindeordnung festlegt. Auch das geht auf eine Abstimmung zurück, mit der eine sehr progressive gesetzliche Grundlage geschaffen wurde. Es musste nachjustiert werden, aber Aarau hat ein Jahrzehnt Vorsprung. Von diesen Erfahrungen können wir profitieren, wenn es darum geht, Massnahmen in Brugg umzusetzen. Das, was im Moment schon aufgegleist ist – es bestehen entsprechende Leitbilder – reicht bei Weitem noch nicht.

Ich möchte dem Stadtrat das Heft in die Hand geben und kohärentes Handeln zu ermöglichen, denn es wurden bereits einige energie- und klimapolitische Vorstösse in diesem Rat eingereicht, die jedoch jeweils nur Teilaspekte betreffen. Es braucht eine gesamtheitliche Planung, und das kann nur Aufgabe der Exekutive sein. Natürlich behalten wir uns vor, von Zeit zu Zeit wieder einen Anstoss zu bringen, eine gewisse Nachjustierung zu verlangen, aber es muss einheitlich aufgegleist werden. In meinen Ausführungen haben Sie vielleicht gelesen, dass es verhältnismässig einfach sei, das umzusetzen, aber es ist natürlich nicht einfach. Es ist verhältnismässig einfach, denn wir sind zum Beispiel keine Gemeinde im globalen Süden, wir haben Kapital und Ressourcen, die wir einsetzen können und wir sind keine Landgemeinde, die grosse Emissionen aus dem landwirtschaftlichen Bereich hat. Wesentlich in Brugg sind ganz klar die Punkte Wärme beziehungsweise Heizen und Verkehr. Ausgeklammert wird bei einer solchen kommunalen Netto-Null-Strategie jeweils, was die Einwohnerinnen und Einwohner auswärts an klimaschädlichen Emissionen verursachen, Konsum, Flugverkehr und so weiter. Zum Schluss ist es nur ein Teilbereich, aber diesen müssen wir unbedingt so schnell wie möglich angehen. Die Physik lässt nicht mit sich diskutieren, und das Klima wartet nicht. Zögern wäre schädlich. Wir müssen dort handeln, wo wir Einfluss nehmen können, nämlich auf unserem Stadtgebiet.

Ich empfehle dem Rat die Annahme des Postulats.

Herr Stefan Baumann: Ich spreche im Namen der SVP. Mittlerweile können Sie sich vermutlich nicht mehr an mein Votum vom 25. März 2022 erinnern, es ging damals um das Postulat von Noah Zurfluh betreffend Errichtung von Photovoltaikanlagen auf städtische Liegenschaften. Ich erspare Ihnen aber trotzdem die langweiligen Fakten, ich könnte nämlich etwa das Gleiche erzählen. Dem aufmerksamen Zuhörer ist vielleicht nicht entgangen, dass Ergebnisoffenheit jetzt plötzlich kein Thema mehr ist.

In einem Punkt stimme ich dem Postulat zu: Physik lässt nicht mit sich diskutieren. Eigentlich ist der initiale Gedanke des Postulats loblich, damit hätte es unsere Zustimmung schon fast

gehabt. Der Postulant schiesst sich aber im letzten Abschnitt, quasi auf der Zielgerade, noch selbst ins Knie, konkret beim Satz: «Beispielsweise existiert ein hohes Solarenergiepotenzial auf gut bis sehr gut geeigneten Dachflächen.» Damit offenbart der Verfasser nämlich, dass es ihm nicht um die Sache, sondern um seine Ideologie geht.

Wer sich für die Energieproduktion interessiert, weiss, dass in Deutschland mehr als 60 Gigawatt Wind- und knapp 60 Gigawatt Solarleistung installiert ist. Frankreich im Gegensatz dazu hat knapp 60 Gigawatt Leistung aus Kernenergie installiert. Das führt dazu, dass im Normalfall die spezifische CO<sub>2</sub>-Emission von Frankreich weniger als einem Fünftel von derjenigen Deutschlands entspricht. Photovoltaik bringt nämlich nicht nur gesamthaft viel zu wenig Strom, sondern auch nur während eines Viertels des Tages und in der falschen Jahreszeit. Kompensiert wird dies in Deutschland mit Kohle- und Gasenergie. In der heutigen Zeit ist das nicht nur aus Emissionsgründen unangebracht. Die Schweiz hat ihre Hausaufgaben im Vergleich zu anderen Ländern schon längst gemacht und muss sich darauf besinnen, wie man zumindest auf diesem Niveau bleiben kann. Es gibt keine Alternativen zur Kernenergie, und unsere Aktivitäten in diesem Bereich müssen sofort starten. Für Ideologien haben wir keine Zeit mehr, dies nicht nur aufgrund der Emissionen, sondern auch wegen der fast noch wichtigeren Versorgungssicherheit. Ebenfalls wichtig wäre es, eine Strategie für den Fall zu haben, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoss, was sehr wahrscheinlich scheint, weltweit viel zu wenig stark abnimmt.

Das Ziel des Postulanten ist eigentlich gut, wäre es ergebnisoffen und frei von Ideologien, könnten wir ihm zustimmen, aber eben nicht in der vorliegenden Form.

Die SVP wird die Überweisung nicht unterstützen und verlangt deshalb die Abstimmung.

Herr Urs Bürkler: Im Antrag ist die Solarenergie nicht erwähnt. Es geht darum, dass der Stadtrat eine Strategie erarbeiten soll. Diese kann er mit oder ohne Solarenergie machen, das ist völlig ergebnisoffen, um das Lieblingswort des heutigen Abends zu verwenden. Es steht in der Begründung, aber sie ist nicht Inhalt der Abstimmung, sondern der Antrag. Die christlichen Anwesenden kennen vielleicht den Spruch «Nicht jeder Klimaschützer muss ein Christ sein, aber jeder Christ muss ein Klimaschützer sein.» Es heisst zwar eigentlich Umweltschützer, passt aber auch so. Ich lege dem Rat ans Herz, diesem Postulat zuzustimmen. Ich gebe noch einen Anstoss. Das wichtigste christliche Gebot für mich ist: «Liebe deinen Nächsten und deine Nächste wie dich selbst.» Ich möchte Sie dazu animieren, dies nicht nur örtlich zu interpretieren, sondern auch zeitlich. Liebet Eure Nächsten, also jene, die

nach Euch kommen, so wie Euch selbst, und sorgt dafür, dass sie auch noch eine Welt haben, in der sie leben können.

Ich lege auch allen Wirtschaftsfreunden fest ans Herz, dem Postulat zuzustimmen. Die Umweltkatastrophen nehmen dermassen zu, dass es einfach ein finanzielles Gebot ist, dem Einhalt zu gebieten. Die Swiss Re stellte eine Zunahme von sieben bis zehn Prozent des jährlichen Aufwands zur Deckung von Schäden durch Umweltkatastrophen in den letzten zehn Jahren fest. Jeder Franken, den wir heute nicht investieren, kostet uns in zehn, zwanzig oder dreissig Jahren Hunderte von Franken. Es ist ein wirtschaftliches Gebot, zu handeln.

Ich danke dem Rat für die Überweisung des Postulats.

Herr Jürg Hunziker: Ich spreche im Namen der FDP. Nachdem wir nun die kirchlichen Ausführungen hörten, möchte ich wieder auf den Boden der Realität zurückkehren. Ich erinnere daran, dass das Schweizer Volk am 13. Juni 2021 das CO<sub>2</sub>-Gesetz ablehnte. Uns fehlt heute die gesetzliche Grundlage für eine Umsetzung auch in der Stadt Brugg. Weiter weise ich darauf hin, dass die erwähnten Gemeinden, sei dies Luzern, Basel oder Aarau, alles Kantonshauptstädte sind. Brugg mit 13'000 Einwohnerinnen und Einwohner kann nur einen relativ kleinen Beitrag leisten. Der Klimawandel ist unbestritten, er findet statt, und ich bin auch der Meinung, dass wir handeln müssen. Aber das, was hier vorgeschlagen wird, ist eigentlich einfach, die Verwaltung zu beschäftigen. Das zu einem Zeitpunkt, zu dem man gar nicht genau weiss, was gemacht werden muss. Die Stossrichtung ist klar, aber man könnte es auch nicht durchsetzen.

Ich erinnere auch an die letzte Sitzung. Der Rat genehmigte ein Budget mit einem Verlust von rund 1,5 Millionen Franken, und wenn man Herrn Vizeammann Dr. Leo Geissmann zugehört hat, könnten es gut und gerne minus 3,5 Millionen Franken werden. Ich höre ständig, mit dem grossen Vermögen können wir uns das leisten. Das Vermögen wird mit jedem Vorstoss, der überwiesen wird, abnehmen. An der Sitzung von letzter Woche bewilligte der Rat auch 6,7 Stellen. Sie kosten, wenn sie voll besetzt sind, jährlich 930'000 Franken.

Und um vielleicht noch auf die Geschichte von Aarau zurückkommen: Aarau hat ein Netto-Null-Ziel. Schaut man sich die Teilziele für 2050 an, steht zwar irgendwo im Text, angestrebt werde das Jahr 2040, aber das Netto-Null-Ziel kostet Aarau in der Entstehung dieser Klimastrategie einmalig 530'000 Franken und jährlich wiederkehrend 795'000 Franken. Das wird in Brugg nicht günstiger werden. Deshalb meinen wir, wir sollten etwas zurückhaltender

sein mit solchen politischen Vorstössen, wie wir sie in letzter Zeit zuhauf erhalten. Das beschäftigt die Verwaltung und bläht den Apparat auf.

Deshalb appelliert die FDP an die Vernunft und sagt zum jetzigen Zeitpunkt Nein zu diesem Vorstoss, wir möchten ihn nicht umsetzen. Wir werden ihn zu einem späteren Zeitpunkt gerne wieder aufnehmen, sobald die gesetzlichen Grundlagen vorhanden sind.

Herr Adriaan Kerkhoven: Ich kann fast nicht glauben, dass wir so in einer Vergangenheit leben, in der die Leute das Gefühl haben, Geld auf dem Konto sei wichtiger als die Grundlage unseres Lebens. Alles Geld auf dem Konto nützt nichts, wenn wir keine Grundlagen mehr haben. Es ist wichtig und sinnvoll, dass wir jetzt so schnell als möglich investieren, wie es zum Beispiel Dänemark macht. Dort wird die linke Regierung von konservativen Kreisen kritisiert, dass sie nicht schneller vorwärts macht und die Windkraft nicht schneller und stärker ausbaut.

Wir müssen unbedingt autonom werden von fossilen Brennstoffen. Wir erkennen jetzt, dass wir gar keine Möglichkeit haben, den Zugang zu fossilen Brennstoffen sicherzustellen. Die ganze Wirtschaft hängt an der Energieversorgung, wir müssen so schnell wie möglich alle technischen Möglichkeiten ausschöpfen und die Wertschöpfung hier bei uns lokal generieren und nicht ins Ausland exportieren.

Es ist zwingend notwendig, alles in Bewegung zu setzen und unser Kapital für die Zukunft von uns allen einzusetzen.

Herr Silvan Brügger: Lokale Wertschöpfung ist ein gutes Stichwort. Diese können wir bei uns behalten, sie muss nicht zu den Ölscheichs abfliessen oder zu Putin, wie sie es immer noch tut.

Souveränität und Gemeindeautonomie sind keine Stichworte, die man mit den Grünen normalerweise in Verbindung bringt, aber sie sind in diesem Zusammenhang eminent wichtig. Es geht darum, was wir in Brugg tun können. Ich möchte keine ideologische Diskussion über die Kernenergie führen, denn wir bauen in Brugg kein Kernkraftwerk, und der Einwohnerrat Brugg wird in dieser Frage nicht mitentscheiden. Kein Investor macht das übrigens, die Wirtschaft entschied, dass die Kernkraftwerke auslaufen und nicht Ideologen.

Ich möchte wissen, was wir in Brugg umsetzen können. Das ist im Prinzip eine recht simple Anfrage, die in diesem Postulat verpackt ist. Solarenergie kann eine Rolle spielen, die entsprechende Bundes-Webseite informiert, dass das Solarpotenzial in der Gemeinde Brugg allein 80 Gigawattstunden im Jahr beträgt, wenn man gut geeignete Dächer und Fassaden

ausnützt. Aber um das voranzutreiben, verfügen wir teilweise über zu wenig Fachwissen, was in einem entsprechenden Bericht ausgeführt werden könnte.

Ich möchte, dass vor Ort gehandelt, nicht ideologisch diskutiert und wirtschaftlich effizient vorgegangen wird. Noch einmal: Alles, was jetzt nicht getan wird, wird später sehr viel teurer. Und wer, wenn nicht der Rat, muss über Massnahmen entscheiden, die lokal umgesetzt werden? Dafür müssen wir weder auf internationale Organisationen noch auf den Bund oder den Kanton warten. Wir kennen die lokalen Verhältnisse und wissen, was hier machbar ist und was wir wollen. Das wollen wir doch selber entscheiden und darüber die Souveränität haben. Schliesslich möchte ich auch daran erinnern, dass sowohl das abgelehnte CO<sub>2</sub>-Gesetz wie auch das Aargauer Energiegesetz, das vom Volk ebenfalls abgelehnt worden war, in Brugg angenommen worden sind. Das deutet für mich auch auf eine demokratische Legitimation dieser Forderung hin.

Ich erwarte gegebenenfalls auch nicht einfach eine Ablehnung, sondern eigene Vorschläge. Das Netto-Null-Ziel 2050 ist nicht verhandelbar, es gilt für die ganze Welt. Wenn wir dann im Jahr 2049,99 mitteilen, dass wir jetzt auch dabei sind, ist das etwas peinlich, auch im Vergleich mit Regionen der Welt, die schlechtere Voraussetzungen haben als wir.

Frau Gina Sträuli: Ich bin wie Adriaan Kerkhoven auch etwas erstaunt über gewisse Voten, deshalb melde ich mich auch noch zu Wort. Ich arbeite als Lehrperson und finde es toll, dass der Klimawandel auch im Lehrplan 21 Einzug gefunden hat. Darum werde ich dem Rat nun das Gleiche erzählen wie meinen Schülerinnen und Schülern.

Viele wissen es vielleicht nicht, aber das Pariser Klimaabkommen möchte, dass sich das Klima um nicht mehr als zwei Grad Celsius erwärmt. Das ist eine sehr abstrakte Zahl. Mittlerweile wird als Ziel eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius angestrebt. Mit einer Erwärmung um 1,5 bis 2 Grad Celsius kann das Ökosystem gerade noch so erhalten werden. Nun mache ich jeweils ein Ratespiel mit meinen Schülerinnen und Schülern und frage sie, was sie denken, was bei einer Erwärmung um drei Grad geschieht, was bei fünf Grad. Ich nehme die Antwort vorweg: Bei einer Erwärmung um drei Grad wird unser Gesundheitssystem kollabieren. Auch das war für uns abstrakt – vor Corona. Seither wissen wir, was das heissen könnte. Bei plus 5 Grad kollabiert unsere Welt. Dann sind 90 % aller Arten ausgestorben. Das muss man erst einmal sacken lassen. Vorhin sprach Stefan Baumann über die Lebensmittelsicherheit. Stellen Sie sich vor, was geschieht, wenn 90 % aller Arten aussterben, was das mit uns macht.

Der Klimawandel ist das wichtigste Thema für unsere und für die nächste Generation. Wir müssen alle zusammenarbeiten und versuchen, das Ruder irgendwie herumzureissen. Personen, die den Klimawandel bestreiten und gegen jeden Strohhalm, den man ergreifen kann, arbeiten, haben die Auswirkungen noch nicht verstanden.

Ich bitte den Rat, dieses Postulat zu überweisen. Es ist für mich wahnsinnig, dass wir darüber diskutieren müssen. Es besteht eine hohe Dringlichkeit, und das Thema betrifft uns alle, jedes einzelne Ratsmitglied, die ganze Bevölkerung der schönen Stadt Brugg und der ganzen Welt.

Herr Stefan Baumann: In meinem Votum ging es nicht um Ernährung, sondern um Versorgungssicherheit in Bezug auf Energie. Ich sprach ja von Kernkraft und Solarzellen, was nichts mit Ernährung zu tun hat, sondern mit Energieproduktion.

Frau Angelika Curti: Am letzten Dienstag war ich hier auf dem Campus an einem von der IBB zusammen mit dem Elektrizitätswerk Windisch organisierten Anlass zum Thema «Heizen mit erneuerbaren Energien». Ich hörte von den Exponenten der IBB, welche Vorträge hielten, dass das Heizen mit erneuerbaren Energien bei der IBB ein sehr wichtiges Thema ist. Es ist ein wichtiges Ziel für die IBB, CO<sub>2</sub>-neutrale Heiztechnologien einsetzen zu können. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Postulat bei der IBB offene Türen einrennen werden. Ich konnte auch feststellen, dass an der Veranstaltung renommierte Firmen teilnahmen, die mit diesen neuen Technologien Geld verdienen und sehr gut laufen. Einige intelligente Menschen dieser Firmen hielten ebenfalls Referate. Es geht um unsere Zukunft, und es wird bei diesen Technologien schon sehr viel geforscht. Wir müssen sie jetzt einfach noch anwenden.

Frau Vera Becker: Ich finde es toll, wie viel Zustimmung das Postulat gerade erhält, und ich möchte meine Zustimmung auch noch kurz ausdrücken. Ich bin persönlich schon lange beim Klimastreik aktiv und jetzt auch bei den Jungen Grünen Schweiz. Es ist unglaublich, wo man überall Anstoss erregt und welche Gründe genannt werden, warum jetzt nicht gehandelt wird. Mir wurde schon gesagt, «Klimanotstand» sei ein falsches Wort, das juristisch gar nicht funktioniere. In anderen Gemeinden ging es aber. Auf nationaler Ebene heisst es, das sei Aufgabe des Kantons, beim Kanton, es sei Aufgabe der Gemeinden, aber die Gemeinden fühlen sich ebenfalls nicht zuständig. Irgendwo muss man anfangen. National geschieht einiges, und auch in verschiedenen Gemeinden passiert etwas.

Ich verstehe nicht, was man zu verlieren befürchtet, dass man so zögerlich ist. Es ist wichtig, es geht um eine Strategie, darum, dass man nicht planlos immer wieder zusammenhanglose Massnahmen fordern muss. Und das ist genau das, was wir fordern.

Ich freue mich riesig über eine Überweisung des Postulats.

Damit ist die Diskussion erschöpft.

Der Präsident: Es wurde die Abstimmung über das Postulat verlangt.

In der Abstimmung wird das Postulat mit 28 Ja gegen 14 Nein überwiesen.

Der Präsident gibt den Eingang folgender Vorstösse bekannt:

- Motion Barbara Geissmann betreffend Änderung der Gemeindeordnung
- Postulat Martin Brügger betreffend ergebnisoffene Planung für die Gebietsentwicklung Aufeld-Aegerten

Der Präsident macht folgende Mitteilung:

- Der Rat tagt heute nach zweieinhalb Jahren das letzte Mal im Campussaal. Der Präsident dankt dem Team des Campussaals herzlich für die sehr professionelle Betreuung und Unterstützung.
- Am 10. Dezember 2022 findet die Schlussitzung des Rats statt. Treffpunkt ist um 16.30 Uhr im Effingerhof zur Besichtigung der neu eröffneten Stadtbibliothek.
- Die Sitzungsdaten 2023 wurden kommuniziert. Die erste Sitzung des neuen Jahres findet am 20. Januar 2023 statt.

Schluss der Sitzung: 22.30 Uhr

NAMENS DES EINWOHNERRATES

Der Präsident:



Der Aktuar:

